



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
16. Wahlperiode

Drucksache **16/2795**
13.07.2009

B e r i c h t

der Investitionsbank 2008



Geschäftsbericht 2008



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

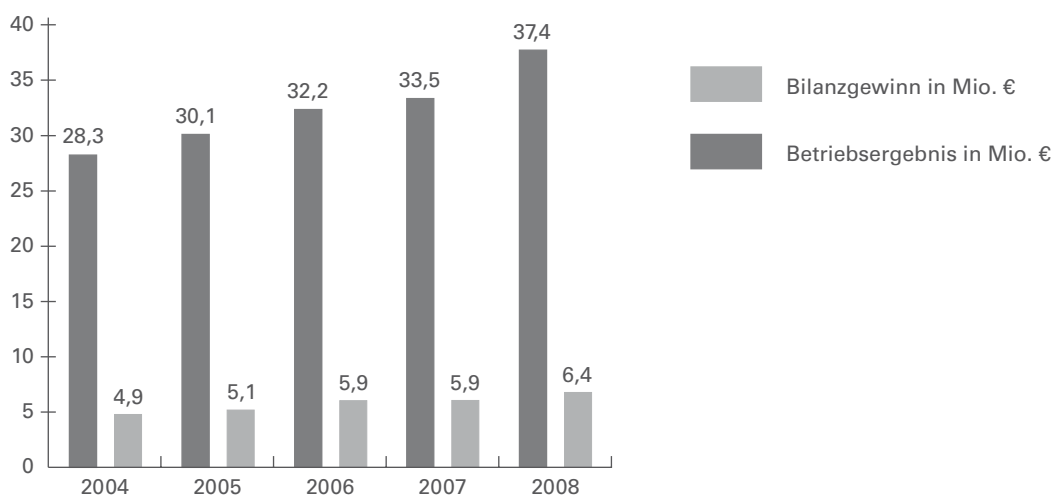
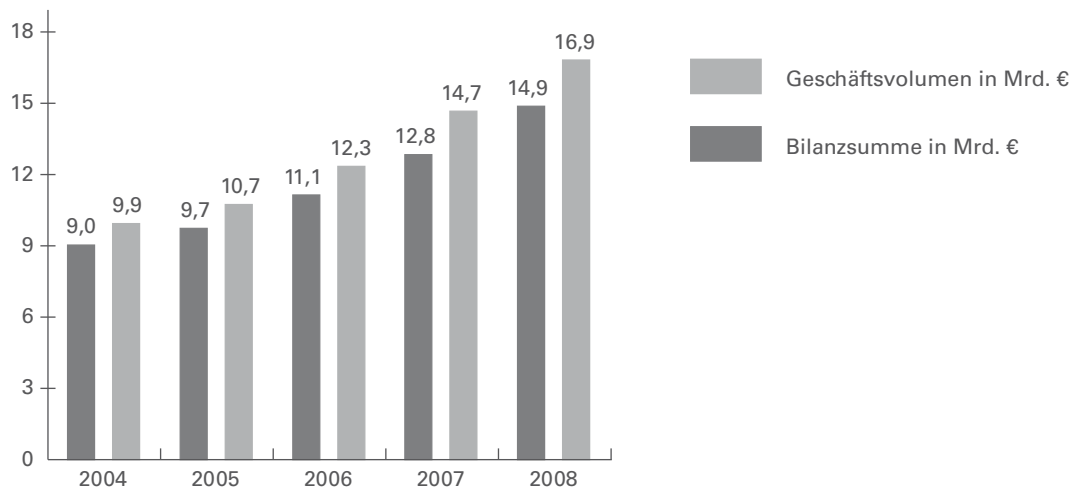
Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein.

Aufgaben

Als zentrales Förderinstitut unterstützen wir das Land Schleswig-Holstein bei der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Wir beraten in allen Förderfragen und vergeben Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, für Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Darüber hinaus bietet die IB eine Reihe von Spezialleistungen wie die EU-Beratung und die IB.Förderlotsen.

Fördern, Finanzieren, Beraten – auf diesen Dreiklang setzt das Landesförderinstitut.



Inhalt

	Seite
Vorwort des Vorstands	2
Bericht der Gewährträgersammlung	4
Bericht des Verwaltungsrates	5
Highlights 2008	6
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	8
Unser Leistungsspektrum 2009	12
Wirtschaft	14
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)	22
Immobilien	26
Kommunen	34
IB-Energieagentur	38
Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum	39
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	42
Bundesförderung	48
IB.Europa	52
INTERREG/Baltic Sea Region Programme	54
Kulturengagement	58
Jahresabschluss	60
Lagebericht	62
Bilanz	82
Gewinn- und Verlustrechnung	84
Anhang	85
Organe	91
Bestätigungsvermerk	93

Illustration

Diesen Geschäftsbericht illustrieren Werke des schleswig-holsteinischen Künstlers Christoph Thiele (Borgstedt).

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

die Finanzmarktkrise und die abschwächende Konjunktur haben Unternehmen und Kreditinstitute 2008 vor enorme Herausforderungen gestellt. Der IB kam damit eine besondere Bedeutung zu, denn gerade in diesen Zeiten konnte sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln stabilisierend auf den regionalen Kreditmarkt einwirken. Die Nachfrage der Banken nach Risikoteilung und weiteren Produkten der IB stieg deutlich an. Dies führte zu einer erheblichen Zunahme des Neugeschäfts um 38 Prozent auf 2,54 Mrd. €.

Die Sparte Wirtschaft erzielte im Konsortialgeschäft (Risikoteilung mit den Hausbanken durch Haftungsübernahmen) ein Neugeschäftsvolumen von 211 Mio. €. Daneben unterstützt die IB Banken und Sparkassen bei der Kreditvergabe an Unternehmen durch Weiterleitung von Programmkrediten der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie durch Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln. Für Wirtschaftskredite waren dies im vergangenen Jahr 579 Mio. €. Dies entspricht einer Steigerung von 84 Prozent. Insgesamt konnten wir die Intensität der Zusammenarbeit mit den Hausbanken also deutlich steigern. Dadurch ist es uns gemeinsam gelungen, einer Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein entgegenzuwirken.

Als Koordinatorin des 2008 gestarteten „Enterprise Europe Network“ für Schleswig-Holstein und Hamburg unterstützt die IB Unternehmen bei Fragen zur EU-Förderung.

In der Sparte Immobilien wurde ein Neugeschäftsvolumen von 308,3 Mio. € erzielt. Die Mittel der sozialen Wohnraumförderung waren bereits in der ersten Jahreshälfte vollständig belegt. Dies führte zu einem Rückgang im Neugeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung, da sich allein mit diesen Mitteln viele Anfragen nicht realisieren ließen. Insgesamt wurden in der allgemeinen Wohnraumförderung mit Produkten der IB rd. 2.700 Kunden beim Bau, Kauf oder bei der Modernisierung von Wohneigentum unterstützt. Die bewilligten Fördermittel der Städtebauförderung in Höhe von rd. 20 Mio. € gaben wichtige Impulse bei der Entwicklung von Innenstädten und Ortsteilzentren.

Die Sparte Kommunen erzielte ein Neugeschäft von 1.075,1 Mio. € – das bislang beste Ergebnis des Bereichs überhaupt. Hier wirkten sich die im Zuge der Finanzmarktkrise eingeschränkten Aktivitäten anderer Marktteilnehmer aus. Sehr positiv entwickelte sich auch das Neugeschäft bei kommunalnahen Unternehmen. Im Bereich ÖPP wurde unter aktiver Mitwirkung der IB das bundesweite Netzwerk „PartnerRegio“ gestartet. Die Energieagentur mit den Tätigkeitsschwerpunkten Energieeinsparung und -effizienz sowie Einsatz regenerativer Energieträger wird zukünftig dem Bereich Immobilien zugeordnet. Dadurch soll den Themen IB.Immobiliencheck und Quartiersentwicklung noch mehr Gewicht verliehen werden.

In der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung wurde ein Neugeschäftsvolumen von 212,2 Mio. € erreicht. Zusätzlich zur Abwicklung des Zukunftsprogramms Arbeit wurden der IB weitere Aufgaben im Bereich der Umsetzung des Schleswig-Holstein-Fonds übertragen.

Der Bereich Bundesförderung – als Bindeglied zwischen den Bundesförderinstituten KfW und LR einerseits und den Sparkassen andererseits – erzielte ein Neugeschäft von 731,4 Mio. €. Darin enthalten sind Einzel- und Globalrefinanzierungen an Kreditinstitute in Höhe von 269 Mio. €, die maßgeblich für die deutliche Steigerung waren.



(v. l.) Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)
und Dr. Klaus Rave

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei unseren Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen und bei unseren Geschäftspartnern für die konstruktive Zusammenarbeit. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für die geleistete Arbeit, das Fundament für ein erfolgreiches Jahr 2008. Die IB beschäftigte 432 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zum 31.12.2008).

Die konjunkturellen Aussichten haben sich mit der Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Eintrübung der Weltwirtschaft weiter verschlechtert. Im Bereich Wirtschaft rechnen wir weiterhin mit einer hohen Nachfrage der Hausbanken nach Risikoteilung. Andererseits muss aber mit einem Rückgang der Unternehmensinvestitionen sowie mit Bonitätsverschlechterungen gerechnet werden.

Für den Bereich Immobilien wird erwartet, dass die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung durch das neue Landeswohnraumförderungsgesetz weiter an Attraktivität gewinnen und auch 2009 sehr gefragt sein werden. Im Kommunalkreditgeschäft ist im Zuge der Krise mit der Rückkehr anderer Marktteilnehmer und damit mit einem Rückgang des Geschäftes der IB zu rechnen. In der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung sind für das kommende Jahr weitere Aufgabenübertragungsverträge für arbeitsmarktpolitische Programme geplant.

Das Geschäftsmodell „Förderbank“ und die spezifischen Geschäftsfelder der IB haben sich vor dem Hintergrund des globalen Versagens der Finanzmärkte hervorragend bewährt. Die IB wird auch im kommenden Jahr alles tun, um ihrem Förderauftrag gerecht zu werden und weiterhin eine Kreditklemme in Schleswig-Holstein zu vermeiden helfen.

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Klaus Rave

Bericht der Gewährträgersammlung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Die Gewährträgersammlung trat 2008 zweimal zusammen.

Am 2. Juni 2009 billigte die Gewährträgersammlung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2008 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte die Gewährträgersammlung dem Vorstand und dem Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2008 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands und des Verwaltungsrats über die Verwendung des Gewinns.

Kiel, 2. Juni 2009

Die Gewährträgersammlung der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Rainer Wiegard
(Vorsitzender)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2008 fünfmal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 2. Juni 2009 beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Gewährträgersammlung zur Feststellung empfohlen.

Dem Vorschlag des Vorstands an die Gewährträgersammlung über die Verwendung des Gewinns stimmte der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2008 geleistete Arbeit.

Kiel, 2. Juni 2009
Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Arne Wulff
(Vorsitzender)

Highlights 2008

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Frühjahr und Herbst **Baumessen**

Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer und Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.

Frühjahr und Sommer **Erfahrungsaustausch**

Die IB ist Gastgeber für zwei Veranstaltungen mit bundesweiter Relevanz: die Fachtagung der Vorstände der Förderinstitute und des Verbandes Öffentlicher Banken sowie die Tagung der Fachkommission Wohnungsbau.

04. Februar **Jahresauftakt**

Gremienmitglieder und Geschäftspartner informieren sich über die Ziele der IB in 2008 und nutzen auch die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den Künstlern des IB-Kalenders.

06. Februar **Schulbaukongress in Kiel**



Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren, wie ein anregendes und gesundes Bildungsumfeld geschaffen und finanziert wer-

den kann. Gastgeber sind Bildungsministerium, Finanzministerium und IB.

13. bis 16. März **New Energy**



Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum stellt die IB den Besuchern ihre Produkte und Dienstleistungen vor.

17. März **Bilanz-Presskonferenz**

Die IB blickt auf ein gutes Geschäftsjahr in einem schwierigen Marktumfeld zurück: Das Fördervolumen übertrifft nochmals die überaus positiven Zahlen des Vorjahres.

29. Mai **Gesundheitstag in der IB**



Unter dem Motto „Balance finden – in Balance bleiben“ informieren sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an zahlreichen Informationsständen und bei Mitmachaktionen in der IB rund um das Thema Gesundheit.

16. Juni **AgrarFinanzForum**



Das erste „AgrarFinanzForum“ trägt den Titel „Wandel und Chancen im Agrar- und Ernährungssektor“. 250 Vertreter aus Praxis, Politik, Wissenschaft und Banken diskutieren über aktuelle Entwicklungen der Branche. Gastgeber sind die Landwirtschaftliche Rentenbank und die IB.

16. Juni **Enterprise Europe Network**

Mit dem neuen EU-Beratungsnetzwerk für kleine und mittlere Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein wird die EU-Beratung im Norden neu aufgestellt. Die IB übernimmt die Koordination des Netzwerkes.

02. bis 06. Juli **Kultursponsoring I: JazzBaltica**

Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutsame Jazz-Festival und stiftet erstmalig einen Förderpreis für junge Nachwuchsmusiker.

08. Juli Bankenkooperation



Zur weiteren Steigerung von Effizienz und Innovationskraft tritt die IB einer bundesweiten Bankenkooperation aus acht Förderbanken bei. Erstes großes Projekt ist die Einführung eines SAP-basierten IT-Systems (interne Bezeichnung IB.ABAKUS).

01. September Eröffnung Wanderausstellung



Die von der IB konzipierte Ausstellung „Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf – 60 Jahre öffentlich geförderter Wohnungsbau in Schleswig-Holstein“ veranschaulicht die Geschichte des sozialen Wohnungsbaus im Land.

01. September und 04. Dezember Kultursponsoring II: Literaturhaus Schleswig-Holstein

Die Autorinnen Karen Duve und Kirstin Warschau lesen für Geschäftspartner und Mitarbeiter der IB aus ihren aktuellen Büchern.

09. bis 13. September HUSUM WindEnergy



Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Gemeinschaftsstandes stellt die IB den Besuchern der weltweit größten Windenergiemesse ihre Produkte und Dienstleistungen vor.

11. bis 16. September Nordbau, Neumünster



Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baummesse Norddeutschlands am IB-Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für die eigenen vier Wände. Im Rahmen der ÖPP-Fachtagung der IB diskutieren Fachleute über die „Sicherstellung funktionsgerechter Anforderungen bei ÖPP-Modellen“.

06. Oktober IB.Büchertreff

Die NDR-Redakteurin Annemarie Stoltenberg stellt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aktuelle Neuerscheinungen am Büchermarkt vor.

22. Dezember Spendenübergabe an Hospiz Kieler Förde



Der Erlös aus der internen Weihnachtstombola wurde von der Bank erheblich aufgestockt und an das Hospiz sowie an zwei weitere regionale Einrichtungen überreicht. Im Vorfeld waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgerufen, Initiativen aus der Region für die Verwendung der Spendengelder vorzuschlagen.

Während des ganzen Jahres Von der Existenz- gründung bis zum Unternehmen

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen die Fachleute der IB Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.

Während des ganzen Jahres AfterWorkWorkShops

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nicht nur intensiv in verschiedensten Projekten, sie bilden dazu auch in ihrer Freizeit Netzwerke und lernen voneinander.



Ausschnitt aus „Ein Großraumbüro“ von Christoph Thiele, 60 x 40 cm



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Seit 2008 geht die IB neue Wege in der Vergütung: Erstmals wurden mit den tariflich eingruppierten Beschäftigten lohnrelevante Ziele vereinbart. Das Denken und Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll sich so noch stärker an den Zielen der Bank orientieren. Ebenfalls sollen Effektivität und Effizienz gesteigert werden.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstruktur

Am Stichtag 31. Dezember 2008 waren 388,15 (Vj. 354,92) Vollzeitkräfte in unserer Bank beschäftigt. Der im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnende Personalzuwachs resultiert insbesondere aus dem Aufbau des Bereichs Arbeitsmarkt- und Strukturförderung, der Übernahme von Aushilfen ins Angestelltenverhältnis und der Einstellung von Trainees.

Einstellungspolitik

Trotz schwieriger Zeiten im Finanzmarktsektor konnten wir im Jahr 2008 eine beträchtliche Zahl an Einstellungen vornehmen. Es gab insgesamt 65 Zugänge: 35 Einstellungen in ein Angestelltenverhältnis, 5 Einstellungen von Auszubildenden, 5 Übernahmen von Auszubildenden in ein Angestelltenverhältnis bzw. Traineeprogramm, Einstellung von 3 Trainees, 10 Übernahmen von befristet angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ein unbefristetes Vertragsverhältnis sowie 7 Übernahmen von Aushilfen in ein befristetes Angestelltenverhältnis.

Im Vergleich zu den Jahren seit Verselbständigung der IB 2003 verzeichnen wir eine Zunahme an Zeitverträgen. Waren es 2003 nur 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zeitverträgen, so waren es 2008 insgesamt 62 Beschäftigte mit diesem Vertragsverhältnis. Die Verwaltung zeitlich befristeter Landes- und EU-Programme wird so in der Personalplanung der IB berücksichtigt.

Ausbildung

Die Bank bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungen an: Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science. Die Bachelor-Studiengänge finden als duale Ausbildung gemeinsam mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein statt. Auch im Geschäftsjahr 2008 konnten wir – wie im Vorjahr – unsere Auszubildenden nach Ende ihrer Ausbildungszeit in ein Beschäftigungsverhältnis übernehmen.

Wir bieten Studentinnen und Studenten in verschiedenen Bereichen der Bank Praktikums- und Diplomarbeitsplätze an. Hochschulqualifizierte Berufsanfänger können bei uns eine Traineeausbildung in verschiedenen Fachabteilungen durchlaufen. Darüber hinaus bieten wir Rechtsreferendaren die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und Wahlstation in der Bank zu absolvieren.

Unser Internetauftritt „Ausbildung in der IB“ wurde 2008 überarbeitet und noch mehr auf die Bedürfnisse der Zielgruppen ausgerichtet. Mit 518 Bewerbungen war auch 2008 das Interesse an den Ausbildungsplätzen der IB groß.

Leistungsorientierte Bezahlung

Mit der Einführung eines neuen Beurteilungs- und Zielvereinbarungssystems geht die IB neue Wege in der Vergütung. Grundlage dafür sind die Dienstvereinbarungen zur Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) und zur Kombibeurteilung. Die vorhandenen Strukturen der variablen Vergütung wurden mit dieser Regelung verstärkt und ausgebaut.

Zu Beginn des Jahres 2008 wurden erstmalig mit den tariflich eingruppierten Beschäftigten in Mitarbeitergesprächen Ziele für das Geschäftsjahr 2008 vereinbart. Damit soll sich das Denken und Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch stärker an den Zielen der Bank orientieren und zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung führen. Die IB verfolgt bei der Festlegung der Mitarbeiterziele einen nachhaltigen Ansatz – und das nicht erst seit der aktuellen Diskussion um die kurzfristige Orientierung von Managergehältern.

Getragen wird dieses neue Führungsinstrument durch die 2007 entwickelten „Führungsleitsätze und Grundsätze der Zusammenarbeit“. Auf die insgesamt erhöhten Anforderungen an das Führungsverhalten wurden die Führungskräfte in Workshops vorbereitet.

Arbeitskultur

Die IB nahm Ende 2008 an der vom unabhängigen Great Place to Work® Institute durchgeführten Benchmarkstudie „Deutschlands bester Arbeitgeber“ teil. Dabei geht es um die Qualität und die Attraktivität von Arbeitgebern in Deutschland und Europa. Durch die Teilnahme versprechen wir uns wertvolle Informationen darüber, wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit und ihren Arbeitsplatz erleben. Anhand der Ergebnisse einer anonymen Mitarbeiterbefragung sowie einer Erhebung bestehender Maßnahmen zur Personalentwicklung erstellt das Great Place to Work® Institute Anfang 2009 ein Handlungsrelevanz-Portfolio. Die IB erhält so wichtige Hinweise, um auch weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber in der Region zu bleiben. Dies geschieht nicht zuletzt auch aufgrund der demografischen Entwicklung, die langfristig den Wettbewerb um qualifiziertes Personal verschärfen wird.

Familienfreundliche Personalpolitik

Das Angebot zur Kinderbetreuung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde ausgeweitet. Neben der bestehenden Möglichkeit der Kinderbetreuung im Notfall wurde 2008 erstmals auch ein Ferienprogramm des Familienservices zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeboten. Mit der Entrichtung eines geringen Eigenanteils können Kinder unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Ferienprogramm der Einrichtung Company-Kids Kiel teilnehmen.

Gesund erfolgreich – der Gesundheitstag in der IB

Der 29. Mai 2008 stand ganz im Zeichen der Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit zahlreichen Informationsangeboten und Schnupperkursen wie z.B. autogenes Training, progressive Muskelentspannung und Yoga war der Gesundheitstag der IB ein voller Erfolg. Beleg dafür waren die sehr hohe Teilnehmerquote und die durchweg positiven Rückmeldungen.

Im Herbst des Jahres wurde wieder eine kostenfreie Gripeschutzimpfung in der IB angeboten. Wir werden die Aktionen zur Gesundheitsvorsorge auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Prozessanalysen

Die Bank hat 2008 in den Bereichen Kommunen, Services und Risikocontrolling Prozessanalysen durchgeführt. Mit Hilfe dieser Analysen stellen wir effektive und effiziente Organisationsformen und Arbeitsabläufe in der IB sicher.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

An dieser Stelle möchten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre gute Arbeit danken. Aufgrund ihrer Leistungen und ihres Einsatzes können wir auf ein erfolgreiches Jahr 2008 zurückblicken. Unser Dank gilt überdies dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Gemeinsam haben wir 2008 viele Themen bewegt. Wir freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit im Jahr 2009.



Unser Leistungsspektrum 2009 (Stand 01. Juni 2009)

Wirtschaft

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ IB.Förderlotsen
- ▶ IB.GründerinnenBeratung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar-, Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ „IB.KMUdirekt“ (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ Refinanzierung von Beteiligungsgesellschaften

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ „Starthilfe Schleswig-Holstein“ (Direktkredite für Existenzgründungen)

Beteiligungskapital für Unternehmen

- ▶ Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- ▶ MBG-Beteiligungen
- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Seed- und Start-up-Fonds
- ▶ Mittelstandsfonds SH GmbH

Zuschüsse

- ▶ Informationen zu öffentlichen Förderungen finden Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unter „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Weitere Förderprogramme“

IB.Europa

Enterprise Europe Network Hamburg–Schleswig-Holstein

- ▶ Beratung über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektabwicklung
- ▶ Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- ▶ Unterstützung von Unternehmen bei Aktivitäten zur Internationalisierung
- ▶ Information über EU-Themen (z. B. Eurobrief)

IB.Repräsentanz Brüssel

- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

Immobilien

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung für Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmobilienCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung (IB.ImmoInvest)
- ▶ Betreuung von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) bei Finanzierung mit KfW-Mitteln (IB.WEGfinanz)

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Allgemeine Wohnraumförderung

optimale Ergänzung von Finanzierungen anderer Institute

Mietwohnungsbau

- ▶ eigene Kreditprodukte (z. B. Kooperationsdarlehen)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen

Eigentumsmaßnahmen

- ▶ ergänzende Darlehen der IB (z. B. IB.ImmoFlex)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen

Städtebauförderung

Förderprogramme für

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Stadtbau West
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Landesprogramm 2006–2009
- ▶ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- ▶ Städtebaulichen Denkmalschutz

IB.Energieagentur

- ▶ Energiemanagement: Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Energiepass für öffentliche Gebäude
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Windenergie- und Bioenergieprojekten
 - ▶ thermischen Solaranlagen und Photovoltaikprojekten
 - ▶ Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
 - ▶ Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen
 - ▶ Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgaslieferung
 - ▶ Durchführung von Contracting-Vorhaben

Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und LR an die Sparkassen
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierung von Kreditinstituten (Globaldarlehen, Einzelrefinanzierungen) und Kapitalbeteiligungsgesellschaften

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

- ▶ EU-Ostseeprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007–2013)
- ▶ Interregional Cooperation Programme 2007–2013 (INTERREG IVC) – Info Point North
- ▶ South Baltic Cooperation Programme 2007–2013 Contact Point
- ▶ Abwicklung INTERREG Programme (INTERREG III B Ostsee, INTERREG IIIC North)

Kommunen/Infrastruktur

Kredite an Kommunen und kommunalnahe Unternehmen

- ▶ Zinsgünstige Kommunalkredite
- ▶ Kredite an Unternehmen mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung
- ▶ Kredite aus dem kommunalen Investitionsfonds an Kommunen

Infrastrukturfinanzierungen

- ▶ Finanzierungen im Rahmen von Öffentlich-Privat-Partnerschaften (ÖPP)
- ▶ Darlehen an Kommunen und Unternehmen
- ▶ Forderungskauf (Forfaitierungen)
- ▶ Projektfinanzierung

Beratung und Dienstleistungen

ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein in der IB

- ▶ Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ▶ Entwicklung und Optimierung von Lösungs- und Finanzierungskonzepten, ÖPP-Eignungstest
- ▶ Ganzheitliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- ▶ Wirtschafts- und Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren

Öffentliche Baumaßnahmen und Gebäudemanagement

- ▶ Vergleich und Bewertung unterschiedlicher Umsetzungsvarianten (Neubau, Sanierung, Eigenrealisierung, ÖPP) und Folgekostenbetrachtung
- ▶ Erstellung von Sanierungs-, Neubau- oder Erweiterungskonzepten mit Energieeinsparungsmaßnahmen, Maßnahmenkatalogen und langfristigen Finanzierungskonzepten

Projektmanagement

- ▶ Neutrale und kompetente Moderation in Entscheidungsprozessen bei komplexen kommunalen Vorhaben

Fördermittelberatung

- ▶ Förderprogramme von Land/Bund/EU für kommunale Infrastrukturmaßnahmen und für Investitionen von kommunalnahen Unternehmen
- ▶ Fördermöglichkeiten für die Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse

Sonstige Leistungen

- ▶ Kommunales Energiemanagement (Ausführliche Informationen zu unseren Leistungen Energiemanagement und Erneuerbare Energien befinden sich unter der Überschrift „Immobilien“ bei „IB.Energieagentur“)
- ▶ Vorfinanzierung von Planungsgewinnen bei der Baulanderschließung von Kommunen

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Arbeitsmarktförderung

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - ▶ Weiterbildung von Beschäftigten
 - ▶ Potenzialberatung für KMU
 - ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
- ▶ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - ▶ Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - ▶ Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - ▶ Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - ▶ Regionale Ausbildungsbetreuung
 - ▶ Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - ▶ Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - ▶ Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - ▶ Transnationale Maßnahmen
- ▶ Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt
 - ▶ Innovative Arbeitsmarktprojekte
 - ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf
 - ▶ Förderung der Alphabetisierung

Strukturförderung

Zukunftsprogramm Wirtschaft

- ▶ Technologie- und Gründerzentren
- ▶ Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Infrastruktur der Weiterbildung
- ▶ Einzelbetriebliche Investitionsförderung
- ▶ Familienbewusste Personalpolitik
- ▶ Regional- und Clustermanagements
- ▶ Gewerbe- und Industrieflächen
- ▶ Multifunktionale Einrichtungen
- ▶ Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Altlastensanierung und Flächenrecycling
- ▶ Hafeninfrasturktur
- ▶ Nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ Stärkung Tourismuswirtschaft
- ▶ Förderung von Natura 2000-Gebieten
- ▶ Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft

Weitere Förderprogramme

- ▶ Initiative „Biomasse und Energie“
- ▶ Maßnahmen im Energiebereich
- ▶ Schulbauprogramme
- ▶ „Meister-BAföG“ – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- ▶ Wohngelderstattung an die örtlichen Wohngeldstellen
- ▶ Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein (JAW)

Projektmanagement

- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Unterstützung bei Projektentwicklung, -planung und -steuerung



Ausschnitt aus „Windkraftanlagen in Wiemersdorf“ von Christoph Thiele, 40 x 20 cm



Wirtschaft

Gerade angesichts veränderter Wirtschaftsprognosen steht die IB bereit, Finanzierungen für Unternehmen gemeinsam mit den Hausbanken zu schultern. Damit erweitern wir die Möglichkeiten der Hausbanken bei der Kreditvergabe und erleichtern Unternehmen den Zugang zu neuen Finanzmitteln. Eine Besonderheit in Schleswig-Holstein: Windenergieprojekte an guten Standorten gelten als sicheres Investment und sind gerade jetzt gefragt.



Wirtschaft

Gerade vor dem Hintergrund der 2008 beginnenden Finanzmarktkrise war die Präsenz der IB im Rahmen der Mittelstandsförderung Schleswig-Holsteins wichtig: Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen sowie Finanzierungspartner der Hausbanken und Beteiligungsgeber. Dabei arbeiten wir eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. Die IB konnte 2008 dazu beitragen, den Kreditmarkt in Schleswig-Holstein zu stabilisieren und die regionale Wirtschaft zu stärken. Beleg für ihre Verlässlichkeit sind die in vielen Bereichen stark gestiegenen Neugeschäftsvolumina.

Die Sparte Wirtschaft erlebte im Konsortialgeschäft (Risikoteilung durch Haftungsübernahme) bei Kre-

diten an Unternehmen eine große Nachfrage. So konnten die Finanzierungsspielräume der Kreditinstitute verbessert und dem Mittelstand bei der Fremdkapitalbeschaffung geholfen werden. Daneben unterstützt die IB Banken und Sparkassen bei der Kreditvergabe an Unternehmen durch die Weiterleitung von Programmkrediten der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie durch die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Form von Global- und Einzelfinanzierungen. Dieser Bereich verzeichnete 2008 eine Steigerung von 84 Prozent. Wir konnten die Intensität der Zusammenarbeit mit den Hausbanken deutlich steigern. Dadurch ist es uns gemeinsam gelungen, einer Kreditklemme in Schleswig-Holstein entgegenzuwirken.

Bedarf an Förderberatung bei bestehenden Unternehmen steigend

Nach wie vor gibt es viele Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, die zum Teil eng verzahnt sind und sich gegenseitig ergänzen. Vielfach herrscht bei Existenzgründungen wie bei bestehenden Unternehmen erhebliche Unkenntnis über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Das galt 2008 besonders für die Anlaufphase der neuen EU-Strukturfondsprogramme. Die Förderberatung Wirtschaft mit den IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung ist deshalb eine wichtige Säule der IB-Wirtschaftsförderung.

Beraten wird umfassend und unentgeltlich in allen Unternehmensphasen und über alle öffentlichen Förderinstitutionen hinweg. Dabei geht es inhaltlich vor allem um Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten einschließlich möglicher Risikopartnerschaften. Insbesondere bei Existenzgründungen – aber teilweise auch bei bestehenden Unternehmen – beansprucht allerdings die Vorbereitung auf

Bankgespräche vor allem hinsichtlich überzeugender Gründungskonzepte oder Businesspläne anteilig mehr Zeit. Die Finanzkrise hat bislang vor allem bei ganz großen Vorhaben teilweise Finanzierungen erschwert. Jedoch auch der typische Mittelständler muss in dieser Zeit vielfach deutlich mehr an Überzeugungsarbeit gegenüber den Kreditinstituten leisten.

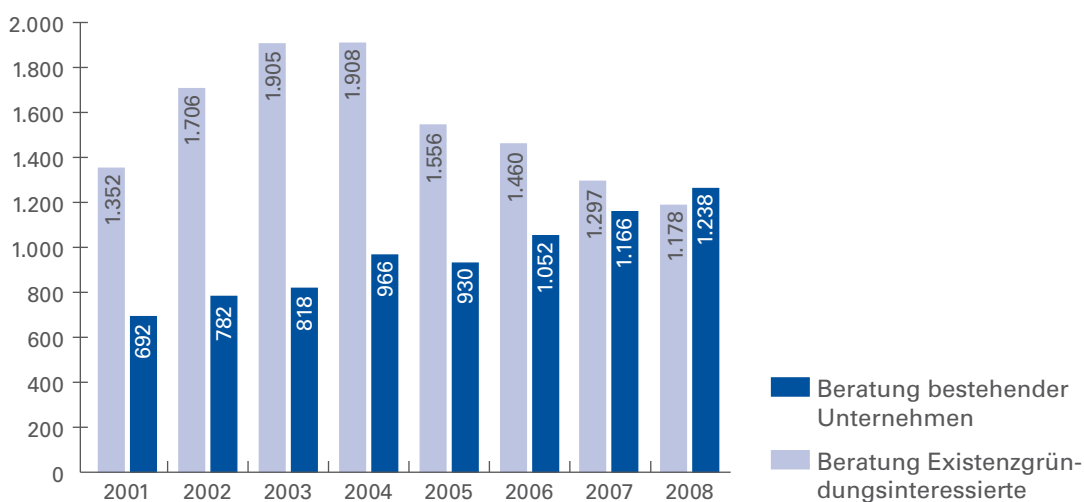
Mit 2.416 dokumentierten Beratungsfällen verzeichneten unsere IB.Förderlotsen und die IB.GründerinnenBeratung einen leichten Rückgang um 1,9 Prozent gegenüber 2007. Wegen teilweiser Mehrfachberatungen stieg allerdings die Zahl der Beratungsgespräche um 2,1 Prozent auf 2.858. Erstmals wurden mehr bestehende Unternehmen als Existenzgründungsfälle beraten. Bei 1.178 Fällen handelte es sich um Gründungsinteressierte (minus 9,2 Prozent), davon 563 Frauen und 615 Männer, sowie bei 1.238 Fällen um bestehende Unterneh-

men (plus 6,2 Prozent). Hauptgrund für die auch vom Institut für Mittelstandsforschung bundesweit etwa gleich hoch gesehene Schrumpfung des Gründungsgeschehens war offenbar die jedenfalls 2008 noch bessere Situation am Arbeitsmarkt bei günstiger Konjunktur. Aber auch die verschärften Qualifikations- und Konzeptanforderungen der Agenturen für Arbeit spielten eine Rolle.

Mit insgesamt 123 Vorträgen, Seminaren und Sprechtagen an 26 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein war die Zahl der Informationsveranstaltungen außerhalb der IB um 17 Prozent höher als im Vorjahr. Dabei gab es 66 Veranstaltungen speziell für Existenzgründungsinteressierte, davon 28 speziell für Existenzgründerinnen und 6 an Schulen und Hochschulen. Die Existenzgründungsveranstaltungen wurden weiterhin von vielen derzeit erwerbslosen Personen genutzt. Nebenerwerbsgründungen hatten einen leicht gesunkenen Anteil. 44 Veranstaltungen waren für Gründungsinteressierte und gleichzeitig für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Weitere 13 Vorträge hatten ausschließlich KMU bzw. Banken im Hinblick auf deren KMU-Kunden als Zielgruppe.

Hinzu kommen unsere Aktivitäten im Rahmen des Projektes „JUNIOR – Schüler als Manager“: Als viertes Bundesland sind wir seit 1996 Partner des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft bei der Betreuung befristeter Schülerunternehmen und beim jährlichen Landeswettbewerb. 2008/2009 waren bzw. sind inzwischen 4.100 Schülerinnen und Schüler in 287 JUNIOR-Unternehmen in unserem Land beteiligt. Die IB sieht das Projekt als einen interessanten Beitrag zur Verbesserung des Gründungsklimas und zugleich als Motivationsmotor für die volkswirtschaftlich so bedeutsamen Existenzgründungen.

Die Investitionsbank ist und bleibt mit ihrer Förderberatung Wirtschaft eine aktive Partnerin im Beratungsnetzwerk insbesondere mit der KfW, den Wirtschaftskammern, den Technologie- und Gründungszentren, den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften, den Hochschulen und den Agenturen für Arbeit.



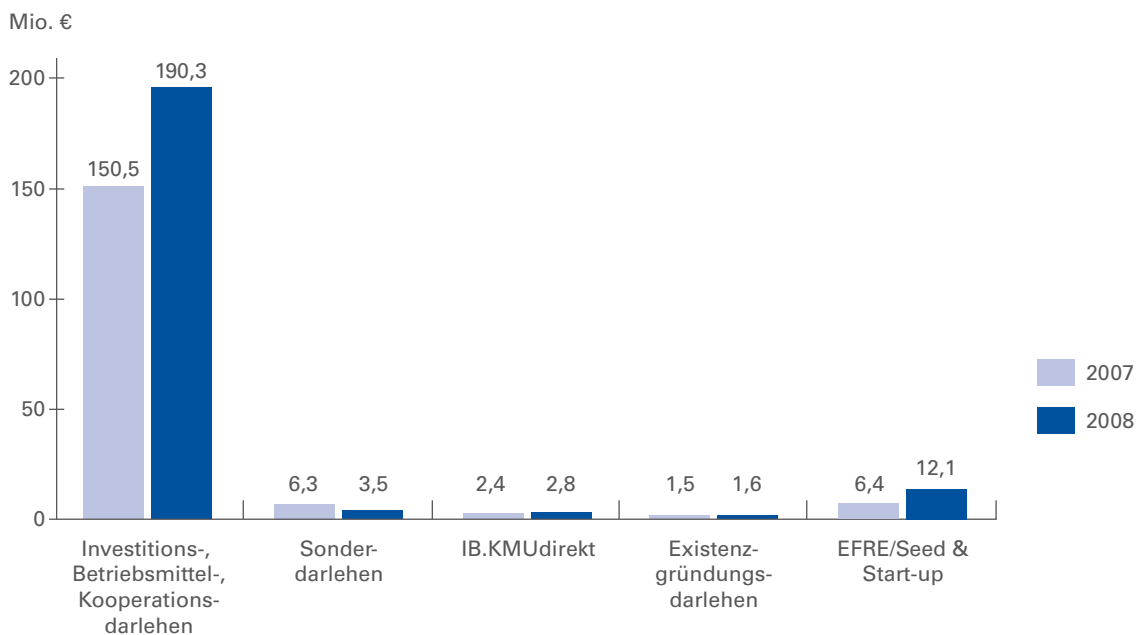


Kredite

War unser Kreditgeschäft im ersten Halbjahr noch von der positiven Konjunktur geprägt, so wurde es im zweiten Halbjahr immer stärker von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, insbesondere auf die Banken, beeinflusst. Die Nachfrage aus allen Bankensektoren nach Risikoteilung mit der IB nahm deutlich zu. Zudem führten feste Ansprechpartner für die Hausbanken und eine aktive Betreuung dazu, dass noch mehr Banken als bisher mit uns zusammenarbeiten.

Mit einem Volumen von insgesamt 198 Mio. € lag das Neugeschäft rd. 23 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Als Partner der Hausbanken haben wir uns 2008 bei insgesamt 197 neuen Fällen engagiert. Damit unterstützen wir in diesem Geschäftsbereich insgesamt mehr als 1.600 mittelständische Unternehmen. Wie im Vorjahr haben die Investitions-, Betriebs- und Kooperationsdarlehen den wesentlichen Ergebnisbeitrag geliefert.

Neugeschäftsentwicklung 2007/2008



Obwohl sich das Finanzierungsvolumen für den Dienstleistungssektor verdoppelte, entfiel auch in diesem Jahr der größte Anteil unseres Neugeschäftsvolumens auf das verarbeitende Gewerbe. Während sich die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Energie- und Wasserversorgung auf Vorjahresniveau belief, wurden die Finanzierungen an Handelsunternehmen deutlich ausgeweitet.

Eine sehr erfreuliche Tendenz erfährt das Kreditgeschäft im Bereich der landwirtschaftlichen Unternehmen. Mit der Einstellung eines branchenerfahrenen Mitarbeiters können wir die kompetente Betreuung von Banken und Unternehmen in diesem Geschäftsfeld gewährleisten. Dies führte 2008 zu einem deutlichen Anstieg der Kreditanfragen, auch von Banken und Sparkassen, die bislang nicht im Kreditgeschäft mit uns zusammengearbeitet haben, jedoch stark im Segment Landwirtschaft engagiert sind.

Sonderdarlehen

Durch die Bereitstellung von eigenkapitalähnlichen Mitteln verbessern wir die Bonität und die Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Wir vergeben Sonderdarlehen ohne Absicherung als Festdarlehen und ergänzen diese mit einer Rangrücktrittserklärung. Auf diese Weise kann die Eigenkapitalbasis insbesondere wachstumsorientierter kleiner

und mittlerer Unternehmen verbreitert werden. Das abnehmende Volumen der vergebenen Sonderdarlehen hängt unmittelbar mit dem zunehmenden Volumen der Eigenkapitalprodukte zusammen – wie z. B. EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II (EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

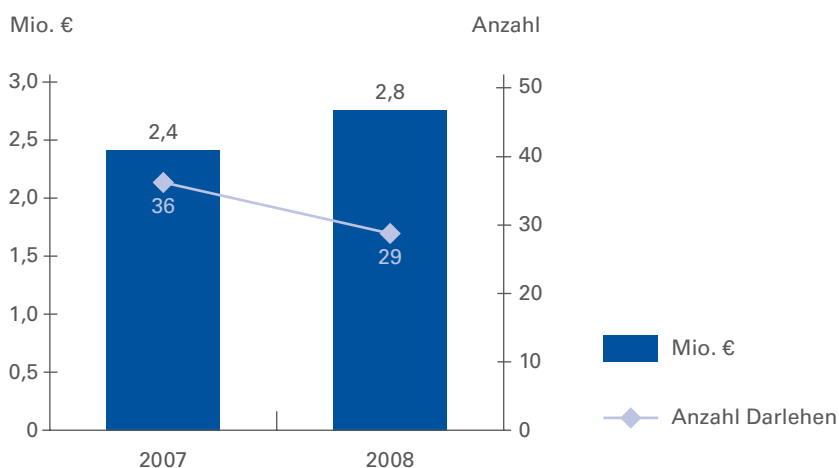
Direktkredite zur Existenzfestigung

Auch im dritten Jahr seit Einführung des Kreditprogramms „IB.KMUdirekt“ konnte das Kreditvolumen ausgeweitet werden. Mit diesem Kreditprogramm gewährleisten wir die Finanzierung kleinerer Finanzierungsbedarfe von bestehenden kleinen und mittelständischen Unternehmen, die trotz positiver Zukunftsprognose aufgrund gegebener schwieriger Unternehmenssituationen oder wegen nicht vertretbaren Prüf- und Kreditvergabeaufwandes bei den Banken keine Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie von den Mentoren für Unternehmen in Schleswig-

Holstein e.V. eingereicht werden. Letztere sind erfolgreiche Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen ehrenamtlich und unabhängig Unternehmen anbieten.

Durch eine direkte Ansprache der Banken konnten wir den Stellenwert des Produkts „IB.KMUdirekt“ bei unseren Partnern erhöhen. Durch 29 (Vj. 36) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 2,8 (Vj. 2,4) Mio. € konnten wir 660 Arbeitsplätze sichern.

Neukreditgeschäft IB.KMUdirekt



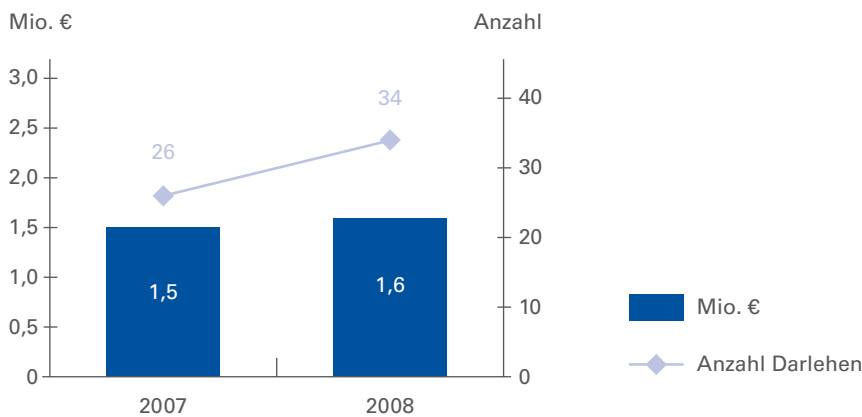


Existenzgründungen

Um auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen, übernehmen wir die Hausbankfunktion im Rahmen unseres Produkts „Starthilfe Schleswig-Holstein“. Voraussetzung für die Kreditvergabe ist eine Empfehlung des Kreditinstituts vor Ort, welches auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarle-

hen der KfW. 2008 haben wir insgesamt 34 (Vj. 26) Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen in Höhe von 1,6 (Vj. 1,5) Mio. € den Start in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht und damit 64 neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch hier erfolgte eine verstärkte Direktansprache der Banken, die zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität der eingereichten Anträge führte.

Neukreditgeschäft Starthilfe Schleswig-Holstein



Beteiligungskapital

Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein (MSH) erfolgreich gestartet

Zur Jahresmitte 2008 ist die mit einem Volumen von 30 Mio. € ausgestattete Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH erfolgreich gestartet. Der gemeinsam mit dem Land aufgelegte MSH soll die bestehende Lücke in der Eigenkapitalversorgung des größeren Mittelstands schließen. Die Gesellschafter sind: Sparkasse Mittelholstein, Sparkasse zu Lübeck, Nord-Ostsee Sparkasse, För-

de Sparkasse, Kieler Volksbank, VR Bank Neumünster, KfW sowie die IB. Das Land hat sich mit einer 50-prozentigen Garantie an dem MSH beteiligt. Es konnten bereits fünf Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 5 Mio. € platziert werden.

Der zum Jahresende 2007 mit einem Volumen von 48 Mio. € unter Einbindung von EU- sowie Landesmitteln aufgelegte EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II liegt über der ursprünglichen Pla-

nung (EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung). So konnten hier bis zum Jahresende insgesamt 46 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von 11,4 Mio. € bewilligt werden. Das ist ein deutlicher Beitrag zur Stärkung der Eigenkapitalsituation der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

Der im Jahr 2005 mit einem Volumen von 15 Mio. € – ebenfalls unter Einbindung von EU- sowie Landesmitteln – gestartete erste EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein konnte fristgerecht zum Jahresende ausfinanziert und damit geschlossen werden. Insgesamt wurden hier 80 Beteiligungen bei 70 Firmen gesetzt.

Ausblick

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die gesamte Wirtschaft sind derzeit nicht in vollem Umfang einschätzbar. Wir gehen von Investitionszurückhaltung, aber höherem Betriebsmittelbedarf aufgrund der konjunkturellen Probleme bei den Unternehmen aus und rechnen mit Bonitätsverschlechterungen.

Bei den Banken wird die Risikoteilung von Kreditengagements stärker in den Vordergrund rücken, daher erwarten wir Antragszahlen auf dem Niveau

des Vorjahres. Entsprechend unseres Förderauftrages werden wir bei jedem einzelnen Kreditengagement nach einer geeigneten Lösung suchen.

Wir stehen den Unternehmen und Kreditinstituten mit unserer Produktpalette zur Verfügung und werden unter Einbeziehung der Angebote des Bundes, der KfW und des Landes Schleswig-Holstein unser Möglichstes tun, um eine Kreditklemme in Schleswig-Holstein auch 2009 zu verhindern.



Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)



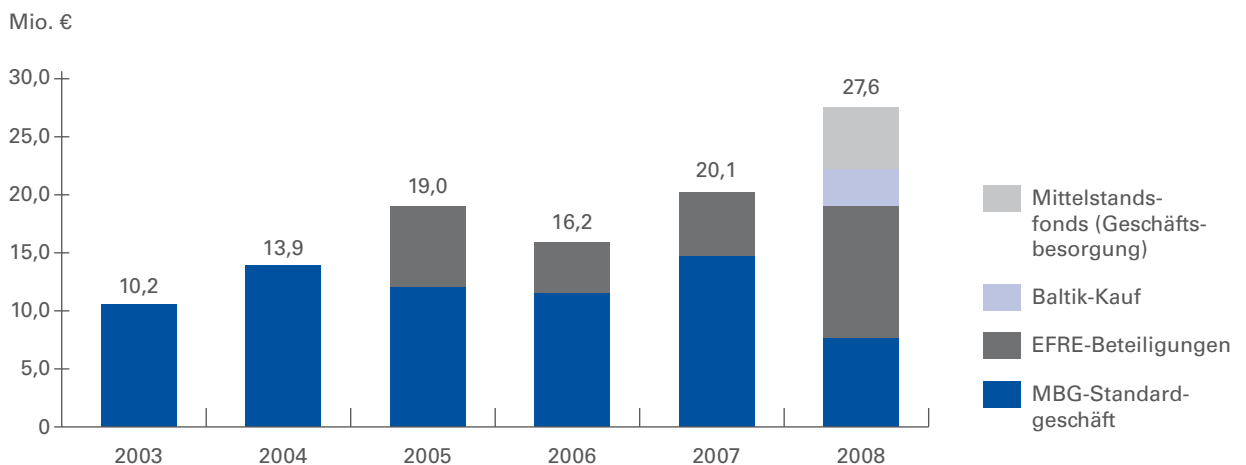
Ergebnisse 2008: MBG bleibt auf Wachstumskurs

Seit 1994 engagiert sich die MBG mit typisch stillen und offenen Beteiligungen zwischen 50.000 und 1 Mio. € bei mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Dadurch verbessern sich die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen und ihre Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben. Zum 31.12.2008 bilanzierte die

MBG 426 Beteiligungen und zählte 309 mittelständische Unternehmen aus Schleswig-Holstein zu ihren Kunden.

Die MBG hat 2008 mit ihren Beteiligungen an schleswig-holsteinischen Unternehmen erneut hervorragende Förderergebnisse erzielt. Das Beteiligungsneugeschäft konnte auf insgesamt 27,6 Mio. € (+37,3 Prozent) gesteigert werden.

MBG-Neugeschäft 2003–2008



Diese erfreuliche Entwicklung wurde maßgeblich durch zwei neue Beteiligungsfonds, die sehr erfolgreich anliefen, aber auch durch die nach wie

vor sehr hohe Investitionsbereitschaft der Wirtschaft getragen.

Die wesentlichen Förderergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

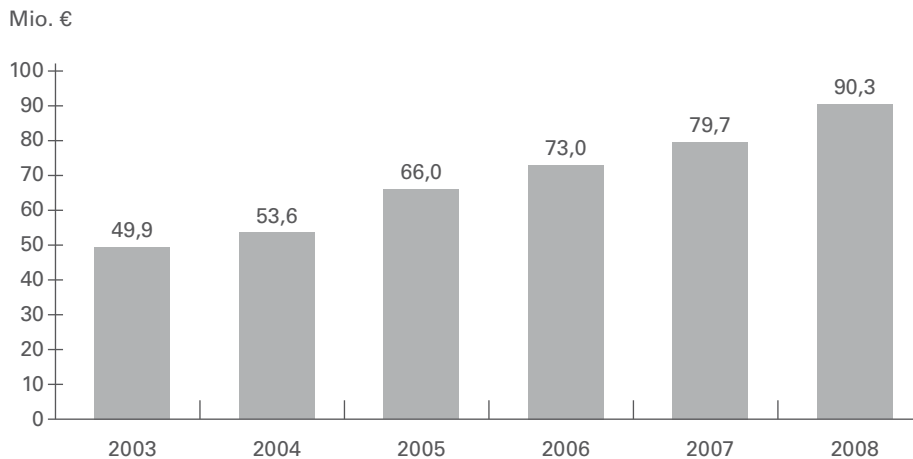
Erstmals über 100 Beteiligungen

Erstmals in ihrer Unternehmensgeschichte hat die MBG 2008 mit 102 neu bewilligten Beteiligungen (+5 Prozent) die Schallmauer von 100 durchbrochen. Davon entfielen allein 48 Fälle mit einem Beteiligungsvolumen von 10,5 Mio. € auf den EFRE II Risikokapitalfonds, den Land, MBG und Investitionsbank Ende 2007 neu aufgelegt hatten. Damit hat sich dieses neue Beteiligungsangebot gleich im ersten Jahr hervorragend im Markt etabliert und 54 Prozent zum originären MBG-Neugeschäft (19,5 Mio. €) beigetragen.

MBG übernimmt Portfolio der Baltik AG

In 2008 hat die MBG fast das komplette Beteiligungsportfolio der Lübecker Baltik AG, die sich geschäftspolitisch umorientieren wollte, übernommen. Konkret handelte es sich um 20 Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen aus Schleswig-Holstein mit einem Volumen von 3,1 Mio. €. Dadurch hat die MBG 13 Unternehmen aus der Region mit über 700 Arbeitsplätzen eine unkomplizierte und sichere Fortführung der Beteiligungsfinanzierung ermöglicht. Auch durch diese Transaktion ist das Beteiligungsportfolio der MBG 2008 um gut 10 auf 90 Mio. € (+13 Prozent) gestiegen. Seit 2003 beläuft sich der Anstieg auf rd. 80 Prozent.

Entwicklung des Beteiligungsportfolios der MBG



Wachstumsfinanzierungen dominierten

Auch 2008 hat sich der Anteil der Wachstumsfinanzierungen am MBG-Neugeschäft weiter auf nunmehr rd. 70 Prozent erhöht. Diese fast immer durch Investitionen in Maschinen und Arbeitsplätze gekennzeichneten Finanzierungen sind Ausdruck für

die im Jahr 2008 anhaltend hohe Investitionsbereitschaft des schleswig-holsteinischen Mittelstands. In 22 Fällen hat die MBG – oftmals technologisch interessante – Unternehmensgründungen mit einem Beteiligungsvolumen von 2,5 Mio. € begleitet.



Erfolgreicher Start des Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein (MSH)

Seit Mitte des Jahres können etablierte mittelständische Unternehmen aus Schleswig-Holstein Beteiligungen bis zu 3 Mio. € aus dem MSH erhalten. Mit Beteiligungen über insgesamt mehr als 5 Mio. € an 5 Unternehmen hat der Fonds eine

sensationelle Aufnahme im Markt gefunden. Damit wurden ein Investitionsvolumen von rd. 41 Mio. € und mehr als 1.600 Arbeitsplätze gefördert. An dem mit 30 Mio. € dotierten Fonds sind neben der regionalen Kreditwirtschaft das Land, die Investitionsbank und die KfW beteiligt. Die MBG ist Geschäftsbesorgerin.

Ausblick

Das Jahr 2009 ist nach Ansicht der MBG zwar durch konjunkturelle Unsicherheiten belastet, sie sieht jedoch keinen Grund für einen umfassenden Pessimismus und verweist in diesem Zusammenhang auf die positive Rolle der Förderinstitute. Die MBG

will ihren Kunden auch in schwieriger werdenden Zeiten ein verlässlicher Finanzierungspartner sein. Mit dem neuen „Kapital für Handwerk“ sollen künftig auch verstärkt Handwerksbetriebe mit eigenkapitalnahen Produkten stabilisiert werden.





Ausschnitt aus „Neubau Rathausstraße“ von Christoph Thiele, 40 x 50 cm



Immobilien

Die demografische Entwicklung führt zu differenzierten Wohnbedürfnissen. Klimaschutz bedeutet höchste Anforderungen für Investoren und Eigentümer. Durch unser Handeln geben wir den zentralen Themen des Wohnens in Schleswig-Holstein wichtige Impulse. Wir unterstützen die Wohnungswirtschaft und das Land durch langfristig orientierte Bestandsförderung und bedarfsgerechte Entwicklung unserer städtischen Wohnquartiere. Private Kunden begleiten wir mit individuellen Lösungen und integrieren die eigene Immobilie sinnvoll in die Altersvorsorge.



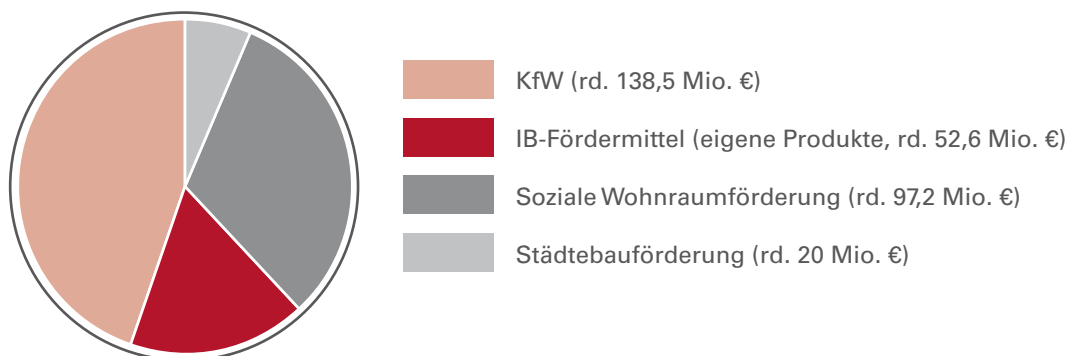
Immobilien

Unsere besondere Verantwortung sehen wir in der Verbesserung der Versorgung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum. Wesentlich ist dabei für uns auch die Förderung der Umsetzung der unter anderem im Rahmen des Klimaschutzes erforderlichen energetischen Standards. Neben der Förderung von Eigentümer-Schwellenhaushalten bildet die Unterstützung der Wohnungswirtschaft durch langfristige orientierte Bestandsförderung und Weiterentwicklung innerstädtischer Wohnquartiere einen Schwerpunkt unserer Arbeit. Dabei erarbeiten wir für differenzierte Anforderungen individuelle Lösungen.

Der Markt für Wohnraumfinanzierungen ist nicht nur vorübergehend rauer geworden. Dazu haben verschiedene Entwicklungen geführt, die jeweils für sich genommen bereits deutliche Auswirkungen zeigen, besonders aber in ihrem Zusammenspiel das wohnungswirtschaftliche Tagesgeschäft entscheidend verändert haben – und dies auch künftig tun werden. Die demografische Entwick-

lung führte spürbar zu einer Auffächerung der Kundenwünsche beim Thema Wohnen. Der Klimawandel und der dadurch erforderlich werdende Klimaschutz erhöhen zunehmend die Anforderungen an ein umsichtiges und nachhaltiges Vorgehen von Investoren und Privatpersonen. Die Finanzmarktkrise beeinflusste das Verhalten unserer Kunden und anderer Marktteilnehmer. So gibt es nach unseren Beobachtungen auf Kundenseite eine verstärkte Hinwendung zur vergleichsweise sicheren Immobilie – sei es durch Investitionen in Neubau, Kauf oder Modernisierung. Andere Marktteilnehmer wiederum haben aufgrund der Finanzmarktkrise ihre Risikostruktur geändert. Nachrangige Finanzierungen werden gar nicht mehr oder teurer angeboten. Somit wird unser Angebot, das gerade auf nachrangige Finanzierungen abzielt, wieder mehr in Anspruch genommen und auch durch Zuführer verstärkt an uns herangetragen. Mit differenzierten Beratungsleistungen und innovativen Produktentwicklungen konnten wir Neukunden gewinnen und langfristige Kundenbindungen stärken.

Neugeschäftsvolumen (inkl. Städtebauförderung) 2008



Standardmengengeschäft

Unser Neugeschäft bei Eigentumsmaßnahmen in der sozialen bzw. in der allgemeinen Wohnraumförderung entwickelte sich insgesamt zufrieden stellend. Auch vor dem Hintergrund verschärfter Marktbedingungen und komplexer werdender Anforderungen an Immobilienfinanzierungen ist es uns gelungen, die Bedarfe des Marktes zu erkennen und auf diese mit den richtigen Maßnahmen zu reagieren.

Soziale Wohnraumförderung

Die bereits 2007 vorgenommene Erweiterung der Förderung, insbesondere im Segment des Erwerbs von bestehendem Wohnraum, führte auch 2008 zu einer verstärkten Nachfrage. Die bereits aufgestockten Mittel waren noch vor Mitte des Jahres vollständig belegt. So wurden unsere Erwartungen vorzeitig voll erfüllt, jedoch nicht die vorhandenen Marktpotenziale ausgeschöpft. Insgesamt förderte die IB im vergangenen Geschäftsjahr 624 Wohneinheiten mit Mitteln des Landes.

Allgemeine Wohnraumförderung

Der frühe Wegfall der sozialen Wohnraumförderung hatte auch Auswirkungen auf den Absatz unserer IB-eigenen Fördermittel, denn mit diesen Finanzierungslösungen ergänzen wir regelmäßig die soziale Wohnraumförderung. Die Nachfrage nach Modernisierungsmitteln der KfW verlief im

abgelaufenen Geschäftsjahr befriedigend, insbesondere vor dem Hintergrund geänderter Finanzierungsbedingungen der KfW und unserer sehr hohen Erwartungen.

Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Partnern

Die Zusammenarbeit mit unseren Partnern bewegte sich auf sehr hohem Niveau, so dass unsere Erwartungen hinsichtlich des zugeführten Geschäfts voll bestätigt bzw. sogar übertroffen wurden. Dabei profitierten alle Beteiligten von der kontinuierlichen Entwicklung unserer erfolgreichen Zusammenarbeit.

Umfangreiche Kundenbefragung

Der Bereich Immobilien ist im Segment des Mengenkundengeschäfts nicht nur innovativ, wenn es darum geht, maßgeschneiderte Finanzierungslösungen für unsere Kunden zu entwickeln. Im Geschäftsjahr 2008 arbeiteten wir mit gezielten Maßnahmen auch besonders intensiv am Erreichen einer größtmöglichen Kundenzufriedenheit. Die Durchführung einer umfangreichen Kundenbefragung war dabei einer unserer wesentlichsten Bausteine. Wir erhielten wichtige Informationen, die es uns ermöglichen, zukünftig noch gezielter und erfolgreicher den Erwartungen unserer Kunden gerecht zu werden.

Individualgeschäft

Das Neugeschäft bei Sanierung und Neubau von Mietwohnungsbeständen entwickelte sich gut. Wir erzielten insgesamt 93,4 Prozent unseres Planansatzes und förderten 1.221 Wohneinheiten mit Lan-

desmitteln. Der Schwerpunkt unseres Geschäfts lag auf dem Neubau und auf kleineren Investitionsvorhaben. Diese Entwicklung begrüßen wir, da wir dadurch nicht so sehr von Großprojekten abhängig sind.



Soziale Wohnraumförderung

In diesem Geschäftssegment war die Nachfrage nach Fördermitteln 2008 ebenfalls sehr hoch. Die Kontingente waren frühzeitig vollständig belegt, so dass nach Abschluss des Geschäftsjahres noch ein konkret angekündigter Bedarf hinsichtlich der Landesfördermittel besteht.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die Nachfrage nach unseren Kooperationsdarlehen für Renditeobjekte, Garantien und der Durchleitung von Finanzierungsmitteln der KfW war in der zweiten Jahreshälfte im Vergleich zur ersten verhalten. Die Inanspruchnahme insbesondere von KfW-Mitteln geht auch im Individualgeschäft regelmäßig mit dem Erhalt von Mitteln aus der sozialen Wohnraumförderung einher, die wir jedoch aufgrund ausgeschöpfter Kontingente ab Mitte des Jahres nicht mehr darstellen konnten. Eine alleinige Inanspruchnahme von KfW-Mitteln wurde durch die geänderten Konditionen der KfW erschwert.

Besondere Dienstleistungen bei Bestandsimmobilien

Die zunehmend komplexe Ausgangslage für Immobilienfinanzierungen führte zu erweiterten Anforderungen an unsere Beratungen und Dienstleistungen. Der Bereich Immobilien stärkte auch 2008 das Vertrauen der Verbraucher, unserer Kunden, in einen leistungsfähigen, professionellen Markt und entwickelte Lösungen für die differenzierten Bedarfe der Investoren. Großes Interesse gab es an unseren speziellen Dienstleistungen:

- ▶ IB.ImmobiliCheck dient der Analyse des energetischen und bautechnischen Zustands eines Gebäudes und dessen wirtschaftlicher Ertragskraft. Auf Basis der Ergebnisse entwickeln wir ein Konzept für Energiespar- und Investitionsmaßnahmen sowie deren optimale Finanzierung. Dabei berücksichtigen wir den möglichen Einsatz von Fördermitteln.
- ▶ IB.ImmoInvest ermöglicht fundierte Investitionsentscheidungen durch umfassende finanzwirtschaftliche Beratung. Wir bilden für komplexe Wohnungsbestände unterschiedliche Investitionsszenarien zu verschiedenen Investitionszeitpunkten ab.

Städtebauförderung

In diesem Bereich lag der Schwerpunkt unserer Tätigkeiten nicht in einer gezielten Beobachtung des Marktes und entsprechender Kundenakquisition, sondern im sachgerechten Einsatz der bewilligten Mittel. Diese stammen aus dem Landesprogramm und den Programmen „Aktive Stadt und Ortsteilentren“, „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“ (inklusive Modellvorhaben) und „Stadtumbau West“

Die Fördermittel aus dem vorgegebenen Rahmen des Jahres 2008 wurden vollständig bewilligt. Sie wurden im Wesentlichen im vierten Quartal des Jahres abgerufen. Alle für 2008 bewilligten Fördermittel in Höhe von rd. 20 Mio. € wurden abgerufen und konnten bis zum Jahresende ausgezahlt werden.

Ausblick Mengengeschäft

Sowohl für die soziale als auch für die allgemeine Wohnraumförderung sind Dauer und Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Entwicklung unseres Neugeschäfts derzeit noch schwer abzusehen. Wir beschäftigen uns intensiv mit dieser Thematik, insbesondere mit den Erwartungen unserer potenziellen und vorhandenen Kunden sowie unserer Zuführer. Dabei wollen wir negative Entwicklungen möglichst frühzeitig erkennen und dies bei der Steuerung unseres zukünftigen Mengengeschäfts berücksichtigen.

Für den Eigenheimbereich gehen wir davon aus, dass es nicht zu einer generellen Zurückhaltung bei Investitionen jeglicher Art kommen wird. Es ist sogar mit einer Hinwendung zu Sachwerten wie der im Vergleich wertstabilen Immobilie zu rechnen.

In 2009 werden wir ein Team für die Bestandsbetreuung einsetzen. Seine Aufgabe wird es unter anderem sein, auf Kundenanfragen noch schneller und sachgerechter zu reagieren.

Soziale Wohnraumförderung

In den ab 01.01.2009 für zwei Jahre geltenden Richtlinien wurden die Fördervoraussetzungen bezüglich der energetischen Effizienz der Förderobjekte deutlich verschärft. Auf diese Weise soll der Einsatz der Mittel an eine noch höhere Qualität der Objekte

geknüpft werden. Insgesamt stehen für das Mengengeschäft im Programmjahr 2009/2010 Landesfördermittel in Höhe von 70 Mio. € zur Verfügung.

Allgemeine Wohnraumförderung

Im Jahr 2009 werden wir auf Grundlage der Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsanalyse verstärkt Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Dies soll dazu führen, dass wir über die Finanzierungslösungen der allgemeinen Wohnraumförderung insgesamt erfolgreicher beraten.

Aufgrund der Vielzahl bereits geführter Beratungsgespräche rechnen wir bezogen auf IB.WEGfinanz für die nächsten zwei Jahre mit einem sehr guten Geschäftsverlauf. Mit unserem Angebot IB.WEGfinanz ermöglichen wir erstmals allen Mitgliedern einer Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) den Zugang zu KfW-Mitteln für energetische Modernisierungsmaßnahmen.

In einem Arbeitskreis des VÖB (Bundesverband Öffentlicher Banken) haben wir gemeinsam mit den anderen Förderbanken die Immobilienrente (Rückwärtshypothek) konzipiert. Die konkrete, weitere Produktentwicklung für unser Haus läuft. Wir gehen davon aus, die Immobilienrente bereits 2009 anbieten zu können.



Ausblick Individualgeschäft und Städtebauförderung

Inbesondere in größeren Gebietszusammenhängen stehen Wohnraum- und Städtebauförderung für die Stadtentwicklung in einem engen Bezug zueinander. Wir werden uns 2009 daher wesentlich um die Vernetzung dieser Aufgabenfelder bemühen. Diese Herangehensweise ist besonders für die Realisierung von Quartiersmaßnahmen sinnvoll. Ziel ist es, unrentierliche Vorhaben durch die Kombination beider Förderungen für den Eigentümer wirtschaftlich zu gestalten und gleichzeitig die Ziele der integrativen Stadtentwicklung der Kommune zu verwirklichen. Dazu zählen neben der Schaffung bzw. Erhaltung von Wohnraum auch Energieeinsparung und Klimaschutz sowie Verbesserungen im Wohnumfeld.

Soziale Wohnraumförderung

Sofern die Rahmenbedingungen in der sozialen Wohnraumförderung sowie die Verabschiedung des SHWoFG (Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz) wie erwartet eintreten, und die KfW aufgrund der Bedeutung des Klimaschutzes ausreichend Fördermittel zu günstigen Konditionen bereithält, gehen wir für 2009 von einem steigenden Neugeschäft aus. Dafür stehen uns in den nächsten zwei Jahren Landesmittel in Höhe von insgesamt 180 Mio. € zur Verfügung.

Allgemeine Wohnraumförderung

Inbesondere im Hamburger Randgebiet besteht nach wie vor ein erhöhtes Interesse am Wohnungsbau. Inwieweit die Realisierung von Vorhaben durch die Finanzkrise und einer damit verbundenen eventuellen Kreditklemme beeinflusst wird,

können wir aktuell noch nicht abschließend bewerten. Als Förderinstitut muss es aber unsere Aufgabe sein, soweit möglich die nötigen Förderungen und Finanzierungen zu gewährleisten, um die Folgen des Konjunkturabschwungs zu mildern.

Dienstleistungen

Mit unserer neu entwickelten Dienstleistung IB.ImmoFokus werden wir künftig benutzerorientiert den Wohnungsmarkt – inklusive Trends und deren Änderungen – in seiner regionalen Entwicklung abbilden und so der Wohnungswirtschaft differenzierte Planungsgrundlagen für ihre Investitionen bieten.

Städtebauförderung

Die Standardprogramme (Sanierung und Entwicklung, Soziale Stadt, Stadtumbau West und Aktive Stadt- und Ortsteilzentren) werden 2009 im bisherigen Umfang weitergeführt. Darüber hinaus wird 2009 ein weiteres Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in Schleswig-Holstein neu aufgenommen. Für 2009 stehen für diese Programme insgesamt rd. 22,4 Mio. € Bundes- und Landesmittel zur Verfügung.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II stellen Bund und Land weitere Fördermittel bereit. Der Bereich Städtebauförderung wird ab 2009 für die Förderbereiche Städtebau und Kommunale Straßen (Lärmschutzmaßnahmen) Bundesfinanzhilfen und Landesmittel in Höhe von rd. 40 Mio. € bewilligen und deren korrekten Einsatz begleiten. Dieses Programm soll spätestens 2012 abgeschlossen sein.



ETHAN 04



Ausschnitt aus „Kronshagener Rathaus“ von Christoph Thiele, 70 x 50 cm



Kommunen

Wir bieten Förderberatung und die Entwicklung von maßgeschneiderten Finanzierungslösungen für unsere kommunalen Kunden. Besonders im Sektor der Stadt- und Gemeindewerke als auch bei allgemeinen Infrastrukturmaßnahmen werden unsere Beiträge immer wichtiger. Wir bieten außerdem kompetente Unterstützung für die Planung und Umsetzung von ÖPP-Vorhaben.

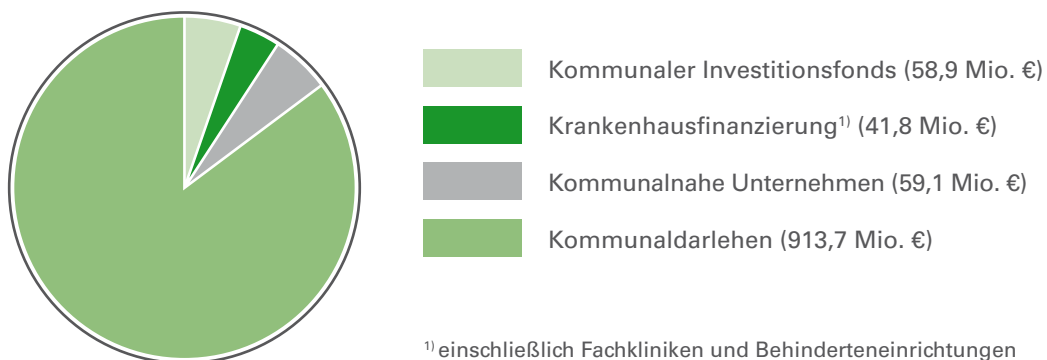


Kommunen

Für den Geschäftsbereich Kommunen war 2008 ein gutes Jahr. In den Bereichen Kommunalkreditgeschäft und Kommunalnahe Unternehmen wurden unsere optimistischen Planungen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zum Teil weit übertroffen. Als langjähriger Partner der kommunalen Kunden profitierten wir von der Zurückhaltung anderer Marktteilnehmer im Zuge der Finanzkrise. Insbesondere im vierten Quartal führte dies zur Verknappung des Angebots an langfristigen Kommunalfinanzierungen. Mit einem Neugeschäftsvolumen von über 1 Mrd. € verzeichneten wir das bislang beste Ergebnis überhaupt. Im Beratungsgeschäft der IB-Energieagentur und des ÖPP-Kompetenzzentrums war zwar auch eine gute zweite Jahreshälfte zu verzeichnen, die optimistischen Erwartungen aus 2007 konnten jedoch insgesamt nicht ganz erreicht werden.

Unsere Kunden mussten sich 2008 zunehmend den sich abzeichnenden negativen konjunkturellen Veränderungen sowie deren möglichen Auswirkungen stellen. In Erwartung des Abschwungs und der dagegen aufgelegten Konjunkturprogramme wurden kommunale Projekte zeitlich geschoben. Begleitet wurde die Entwicklung durch eine breite Diskussion über die Rekommunalisierung von Aufgaben. Kommunalnahe Unternehmen sahen sich vielfach ebenfalls dazu gezwungen, Projekte zu strecken, da Finanzierungspartner aufgrund der Marktlage die Refinanzierungskosten anheben mussten und teilweise sogar Gefahr liefen, Finanzierungen nicht wie geplant darstellen zu können. Wir konnten in diesen Fällen unterstützen und somit unsere klassische Rolle als Förderbank, bei Marktversagen zu kompensieren, sehr gut ausfüllen.

Neugeschäftsvolumen Förderkredite 2008



Kommunalfinanzierung

Kommunalfördermitte/Aktivitäten des Vertriebs

Im kommunalen Vertrieb konzentrierten wir uns auf die Beratung von Kunden, z.B. über die speziell an Kommunen gerichtete Energieeffizienz-Initiative des Landes. Die Spezialisten der Fachbereiche

konnten so entlastet werden. Ansätze für neue kommunale Programme wurden mit dem Land diskutiert, allerdings aufgrund der sich im Laufe des Jahres immer wieder abzeichnenden Verstärkung der Bundesmittel noch nicht abgeschlossen.

Kommunalkreditgeschäft

Die Zielerreichung in der Neugeschäftsentwicklung lag mit rd. 913 Mio. € deutlich über dem Plan. Unsere Ertragserwartung wurde ebenfalls deutlich übertroffen. Mit der Verschärfung der Finanzkrise insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zogen sich einige große Marktteilnehmer zurück. Diese Entwicklung konnten wir meistern, sie hat uns jedoch in der Erfüllung unseres Förderauftrags stark gefordert.

Das erste Globaldarlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 30 Mio. € ist innerhalb von sechs Monaten voll im Markt platziert worden. Knapp zwei Drittel davon wurden an schleswig-holsteinische Kommunen vergeben. Die Verhandlungen mit der EIB über die Einräumung eines weiteren Rahmendarlehens für unser Kommunalkreditgeschäft in Höhe von 100 Mio. € wurden im Dezember 2008 abgeschlossen. Mit diesem Schritt haben wir unsere Refinanzierungsbasis vergrößern können.

Kommunalnahe Unternehmen

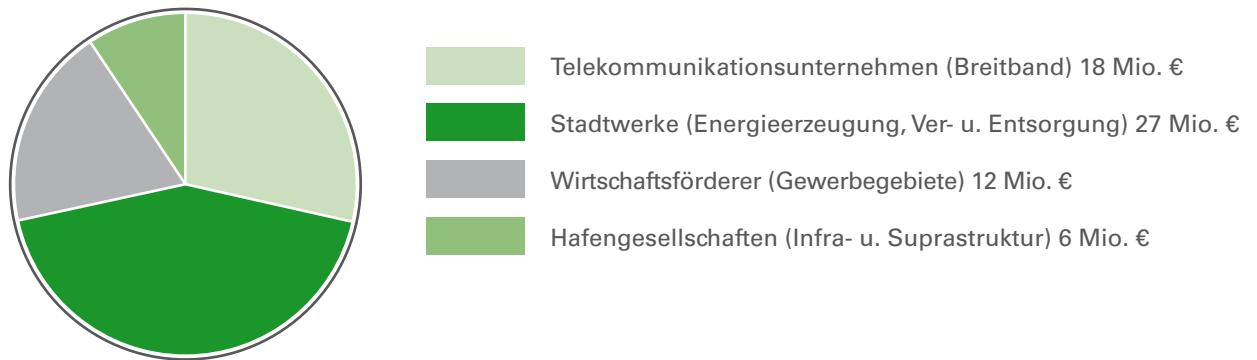
Dem Segment der mehrheitlich öffentlichen Unternehmen kommt eine wachsende Bedeutung im Zusammenhang mit der Erhaltung und Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur zu. Der in Bewegung geratene Markt für Energieversorgung wird weiterhin maßgeblich von den Stadt- und Gemeindegewerken geprägt. Notwendige Schritte zur strategischen Neuausrichtung bzw. zur Neuorganisation werden geplant und umgesetzt. Themen sind dabei u. a. der Erwerb bzw. die Erweiterung vorhandener eigener Strom- und Wärmeezeugungskapazitäten sowie die Breitbandversorgung der Bevölkerung. Aufgrund ausgeprägter Markt- und

Branchenkenntnisse konnten wir an dieser Entwicklung partizipieren.

Mit rd. 63 Mio. € Neuzusagen und rd. 54 Mio. € Auszahlungen – davon rd. 50 Mio. € aus dem Neugeschäft 2008 – wurden unsere Erwartungen im Geschäft mit kommunalnahen Unternehmen übertroffen. Dabei haben wir an der Planung der Finanzierungen für die dadurch ausgelösten Investitionen von insgesamt über 200 Mio. € maßgeblich mitgewirkt. In dem immer schwieriger werdenden Finanzierungsumfeld konnten wir somit einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung unseres Förderauftrags leisten.



Neugeschäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2008



IB-Energieagentur

Die Energieagentur der IB ist Partner für die Kommunen, Wohnungsbauunternehmen, Banken und Sparkassen, Gewerbebetriebe, Stadt- und Gemeindewerke. Wesentliche Kompetenzfelder sind Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung regenerativer Energieträger. Das Dienstleistungsspektrum reicht dabei von der Erstellung technischer Konzepte und Energieausweise mit Darstellung von Energieeinsparmöglichkeiten über Heizkostenvergleiche, Wirtschaftlichkeitsanalysen sowie Beratung in Förder- und Finanzierungsfragen bis hin zur Ausschreibungsunterstützung und Projektkoordination.

Mit IB.EnergieCheck bietet die Energieagentur den Kommunen und Gewerbebetrieben im Land eine Beratungssoftware, die Daten über Energieverbräuche und deren Kosten aufzeigt sowie die Energieeinsparpotenziale in Gebäuden, technischen Einrichtungen und bei Produktionsprozessen offenlegt. Ein Maßnahmenkatalog ermöglicht es dem Kunden, bei jedem Objekt die Sanierungs- und Modernisierungsansätze mit dem höchsten Einspareffekten auszuwählen.

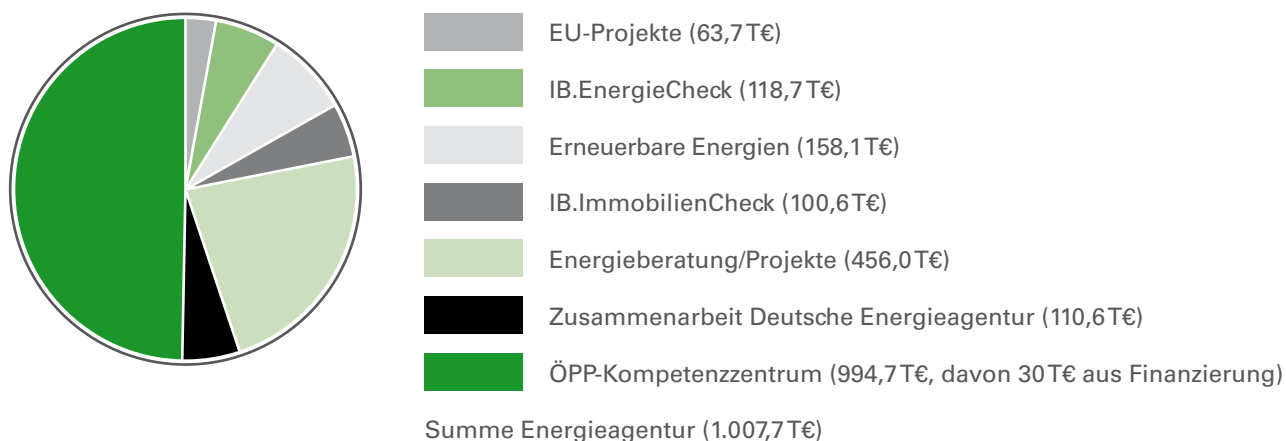
Bei Wohngebäuden wird von den Spezialisten der Energieagentur IB.ImmobiliCheck eingesetzt.

Mit dieser Software werden nicht nur die steuerlichen, finanztechnischen und förderrelevanten Aspekte einer Modernisierungsmaßnahme abgebildet, sondern darüber hinaus auch energetische Sanierungsmaßnahmen empfohlen. Seit 2008 werden die erforderlichen Energiepässe inklusive erstellt. Doch auch bei der Umsetzung von Maßnahmen ist die Energieagentur Partner und Dienstleister, denn die komplexen Vorhaben können für Kommunen große Herausforderungen bedeuten.

Bei der Nutzung regenerativer Energiepotenziale bietet insbesondere der Bereich Bioenergie noch erhebliche Ressourcen. Die Experten der Energieagentur beraten Ministerien, Planer, Betreiber, potenzielle Investoren, Banken und Sparkassen in allen Fragen der Bioenergienutzung. Dabei schätzen die Kunden die neutrale Beratung von der Potenzial- und Risikoabschätzung über die Finanzierung und Förderung bis hin zur wirtschaftliche Bewertung.

Nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch bundesweit und im Rahmen von EU-Projekten bringt die Energieagentur ihr Know-how sowie ihre Erfahrungen ein. Ebenfalls unterstützt sie das Land bei der Wahrnehmung seiner energiepolitischen Interessen in der Ostseekooperation.

Projekte und Dienstleistungen 2008



Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) zur Realisierung von Infrastrukturvorhaben haben sich im vergangenen Jahr dynamisch weiterentwickelt. Anfang 2008 konnte z.B. ein bedeutendes Neubauvorhaben des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, das Norddeutsche Partikeltherapiezentrum (NPTZ), als ÖPP-Modell realisiert werden. Auf kommunaler Seite wurden 2008 einige Objekte nach Abschluss der Bauphase in Betrieb genommen.

Ein herausragendes Projekt ist dabei der Neubau des Gymnasiums Schwarzenbek, das nach weniger als 18 Monaten Bauzeit mit dem Ende der Osterferien seiner vertragsgemäßen Bestimmung übergeben werden konnte. Die erfolgreiche Realisierung dieses Vorhabens im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft hat weit über die Landesgrenzen hinaus für Aufmerksamkeit gesorgt. Es wurde eindrucksvoll bestätigt, dass gerade für ein derartiges Großbauvorhaben einer Kommune ein ganzheitliches, am Lebenszyklus orientiertes Modell eine sinnvolle und wirtschaftliche Alternative darstellt. Die Sporthalle in Halstenbek und die Grundschule in Henstedt-Ulzburg wurden ebenfalls im vergangenen Jahr erfolgreich in Betrieb

genommen. Für eine ganze Reihe von Vorhaben konnte darüber hinaus das Vergabeverfahren abgeschlossen und mit dem Bau begonnen werden (z. B. das Schwimmbad in Flensburg).

Trotz Finanzkrise verlaufen die aktuellen Vergabeprozesse weitgehend reibungslos. Allerdings ist aufgrund der Refinanzierungssituation der Banken eine Verteuerung der Finanzierungen gegenüber dem Kommunalkredit spürbar geworden. Die Einbindung privatwirtschaftlicher Finanzierungskomponenten in Betreibermodelle kann dennoch unter Risikoaspekten weiterhin eine sinnvoll Alternative darstellen, sofern dadurch die Wirtschaftlichkeit für ein Vorhaben nicht beeinträchtigt wird.

PartnerRegio-Netzwerk

Vor dem Hintergrund gestiegener Kreditkosten für Finanzierungen im Rahmen von ÖPP-Strukturen hat die IB mit einigen weiteren Förderinstituten im Juni 2008 das PartnerRegio-Netzwerk ins Leben gerufen. Zielsetzung ist es, die Infrastrukturförderung auf gemeinsamer Basis voranzutreiben und



insbesondere für ÖPP-Modelle geeignete Finanzierungslösungen zu entwickeln. Es fand bereits ein erstes Werkstattgespräch des Netzwerks mit Vertretern der Kommunen statt, weitere sind für das

kommende Jahr geplant. Die Veröffentlichung eines Finanzierungsleitfadens ist für den Herbst 2009 vorgesehen.

Ausblick

Die Auswirkungen der Finanzkrise sind immer noch schwer zu prognostizieren. Vermutlich werden die Finanzierungskosten wegen der knappen Liquidität steigen. Vor diesem Hintergrund werden sich weniger Projekte wirtschaftlich umsetzen lassen. Allerdings wird der kommunale Sektor erheblich durch die Konjunkturpakete I und II berücksichtigt – dies sollte nicht ohne positive Wirkung für das Investitionsverhalten bleiben.

Im Kommunalgeschäft gibt es ebenfalls Veränderungen, deren Folgen erst im Laufe des Jahres 2009 deutlich werden. Einmal beabsichtigt die KfW ihr direktes Angebot für Kommunen erheblich auszuweiten. Zum anderen werden möglicherweise private und öffentlich-rechtliche Geschäftsbanken versuchen, sich wieder mehr den traditionellen Bankgeschäften wie dem Kommunalkreditgeschäft zu widmen. Da insbesondere das zweite Konjunkturpaket den Kommunen Zuschüsse bereitstellt, könnte die Kreditnachfrage sinken. Parallel dürften für alle Banken und damit auch für die IB die Refinanzierungskosten steigen. Alternative Quellen müssen daher erschlossen werden. Bis dahin dürfte unser Markterfolg sowohl bei Kommunen als auch deren Gesellschaften unter dem bisher bekannten Niveau liegen.

Die Energieagentur der IB sieht für 2009 vor allem in folgenden Bereichen Ertragschancen:

- ▶ Beratung bei Modernisierung und Sanierung von Gebäuden (IB.ImmobiliCheck)

- ▶ Nutzung regenerativer Energien (Erstellung von Expertisen für Banken und Sparkassen, Dienstleister für das Land)
- ▶ Beratung von Kommunen (Übernahme von netzgebundener Infrastruktur, Energiecontrolling)
- ▶ internationale Projekte (Geschäftsfelderweiterung für Stadtwerke, EU-Projekte)

Die Entwicklung des Geschäftsfelds Öffentliche Infrastruktur/ÖPP wird wesentlich durch die Konjunkturpakete sowie die weitere Entwicklung der Kapitalmarktsituation bestimmt werden. Eine bedeutende Rolle wird in dieser Hinsicht auch der neu gegründeten ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland) zukommen. Deren Auftrag besteht darin, den Anteil von ÖPP-Realisierungen am gesamten öffentlichen Investitionsaufkommen von derzeit schon etwa 5 Prozent auf 15 Prozent zu erhöhen. Im Fokus werden dabei wohl zunächst große Bundesprojekte stehen, nachdem der Bund selbst – abgesehen von den Verkehrsprojekten – den größten Nachholbedarf eingeräumt hat.

Das ÖPP-Kompetenzzentrum der IB strebt – auch im Rahmen des PartnerRegio-Netzwerks – eine enge Zusammenarbeit mit der Gesellschaft an. Dabei wird der Schwerpunkt auf der Etablierung effizienter Finanzierungs- und Verfahrensformen liegen – immer mit dem Ziel, die Interessen des Mittelstands zu berücksichtigen und Potenziale für die regionale Kreditwirtschaft zu erschließen.





Ausschnitt aus „Schiffsdieselmotoren Rendsburg“ von Christoph Thiele, 60 x 50 cm



Arbeitsmarkt- und Struktur- förderung

Wir managen im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein zentral eine Vielzahl von Förderprogrammen. In der Förderperiode 2007–2013 sind das insbesondere das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und das „Zukunftsprogramm Arbeit“, mit denen die EU, der Bund und das Land Schleswig-Holstein wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen.



Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung nimmt für das Land Schleswig-Holstein das Förderprogramm-Management wahr. Dabei werden Art und Umfang der Aufgaben bezüglich der verschiedenen Programme in den jeweiligen Aufgabenübertragungsverträgen zwischen dem Land und der IB definiert.

Die beiden umfangreichsten Programme, die der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung in der Förderperiode 2007–2013 managt, bilden das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ (Zuständigkeit der IB für regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung) und das „Zukunftsprogramm Arbeit“. Beide Programme werden unter anderem aus den EU-Strukturfonds kofinanziert, das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und das „Zukunftsprogramm Arbeit“ aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Sie sehen jeweils Förderungen nach zahlreichen unterschiedlichen Richtlinien für verschiedene Arten von An-

tragstellern vor: Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte in KMU, Unternehmen, Kommunen, Kammern, Verbände, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und andere. Die Programm-Abwicklung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr („Zukunftsprogramm Wirtschaft“) sowie dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa („Zukunftsprogramm Arbeit“).

Durch die Übertragung des Managements der Zukunftsprogramme im Jahr 2007 sind für den Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung auch 2008 neue, hochkomplexe Aufgaben hinzugekommen. Die Abwicklung des „Regionalprogramms 2000“, des Vorläuferprogramms des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“, ist in die besonders arbeitsintensive Schlussphase eingetreten. Das Jahr 2008 war daher durch eine umfangreiche Personalaufstockung und -fortbildung sowie – mit Blick auf die neu hinzugekommenen Aufgaben – die Ausgestaltung der Prozesse geprägt.

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Im Rahmen des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ werden regionale Projekte und betriebliche Investitionen im gesamten Landesgebiet gefördert. Die Schwerpunkte dieses Programms sind:

- ▶ Stärkung von Wissen und Innovation
- ▶ Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Stärkung der unternehmerischen Basis
- ▶ Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung
- ▶ Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale



ZUKUNFTSprogramm
Wirtschaft

Investition in Ihre Zukunft

In der Förderperiode 2007–2013 werden in dem größten Wirtschaftsförderprogramm des Landes Fördermittel in Höhe von rd. 752 Mio. € gebündelt, davon 374 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rd. 173 Mio. € aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zuzüglich eines GRW-Sonderprogramms in Höhe von rd. 30 Mio. € aus dem Konjunkturpaket I sowie ergänzenden Landesmitteln in Höhe von rd. 175 Mio. €.

In 2008 wurden 54 regionale Projekte mit 26,9 Mio. € gefördert. Die Palette der geförderten regionalen Projekte erstreckte sich von der Errichtung, Erweiterung und Attraktivitätssteigerung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen über Stadtentwicklungskonzepte, die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Bildung und Beratungseinrichtungen (z.B. einer Außenwirtschaftsberatungsstelle des Handwerks) bis hin zu Hochwasserschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur von Häfen und Flughäfen. Die regionalen Projekte steigern die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Wirtschafts- und Tourismusstandort.

Darüber hinaus hat die Organisationseinheit Strukturförderung im Rahmen des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ 2008 in der einzelbetrieblichen Investitionsförderung 92 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rd. 27,7 Mio. € ausgesprochen,

mit denen primär Erweiterungen und Neuerrichtungen, aber auch Modernisierungen von Betriebsstätten gefördert wurden. Hiervon entfielen 25 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 3,4 Mio. € auf das Hamburg-Rand-Gebiet, das aufgrund einer Änderung der maßgebenden Bestimmungen in der Förderperiode 2007–2013 in die Förderung mit einbezogen werden kann. Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft wurden Gesamtinvestitionen in Höhe von rd. 214,2 Mio. € ausgelöst, durch die in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, 610 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen und 2.994 gesichert werden konnten. Zusätzliche beschäftigungspolitische Impulse konnten durch 11 weitere Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 4,74 Mio. € im Rahmen des Regionalprogramms 2000 gesetzt werden.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-wirtschaft

Zukunftsprogramm Arbeit

Das „Zukunftsprogramm Arbeit“ umfasst die Förderangebote der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik für die Jahre 2007–2013, die vom Land und der Europäischen Union gemeinsam finanziert werden. Mit diesem Arbeitsmarktprogramm werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte, Existenzgründerinnen und -gründer, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Bürgerinnen und Bürger, die nur schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können, unterstützt.

Die Schwerpunkte des „Zukunftsprogramms Arbeit“ sind:

- ▶ Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen
- ▶ Verbesserung des Humankapitals



ZUKUNFTSprogramm
Arbeit

Investition in Ihre Zukunft

- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen

Aus dem in der Förderperiode 2007–2013 aus ESF- und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration zur Verfügung stehenden Gesamtbudget in Höhe von rd. 216 Mio. € konnten 2008 rd. 29,2 Mio. € bewilligt werden.

Insgesamt wurden 2008 in den 14 unterschiedlichen Aktionen des „Zukunftsprogramms Arbeit“ rd. 2.400 Bewilligungen ausgesprochen.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-arbeit



Meister-BAföG

Im Jahr 2008 haben rd. 2.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Mittel des Bundes und des Landes für Fortbildungsmaßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) erhalten (sog. „Meister-BAföG“). Damit konnte die Zahl der geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegenüber dem Vorjahr nochmals um 10 Prozent gesteigert werden. Die Mittel dienen der Weiterqualifizie-

rung von Fachkräften, insbesondere der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Sie erhöhen die Chancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Arbeitsmarkt bzw. ebnen ihnen den Weg in die Selbstständigkeit.

www.ib-sh.de/meister-bafog

Ausblick

Grundsätzlich wird für die beiden Zukunftsprogramme in 2009 von konstanten bis leicht steigenden Antragszahlen ausgegangen. Dies gilt nicht für den Maßnahmebereich B1 des „Zukunftsprogramms Arbeit“ (Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze). Hier wird ein deutlicher Rückgang der Antragszahlen erwartet, der sich bereits 2008 abgezeichnete. Ursache dafür ist ein im Jahr 2008 vom Bund neu aufgelegtes Förderprogramm, das für zwei der drei im Maßnahmebereich B1 förderfähigen Gruppen von Jugendlichen attraktivere Fördermöglichkeiten vorsieht.

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung wird für 2009 eine Fortsetzung der positiven Nachfrageentwicklung im Jahr 2008 erwartet.

Aufgrund der Novellierung des AFBG wird beim „Meister-BAföG“ 2009 mit einem weiteren Anstieg der Zahl der Förderanträge gerechnet.

Die von der Organisationseinheit Strukturförderung betreute und in der vorstehenden Darstellung nicht explizit erwähnte Förderung von Maßnahmen im Energiebereich im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds läuft zum 31.12.2009 turnusgemäß aus.



Bundesförderung

Durchleitungsneugeschäft deutlich erhöht

Die IB ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in ihrer Region.

Das Neugeschäft stieg 2008 erneut, und zwar um 7 Prozent oder 30 Mio. € auf 462 (Vj. 432) Mio. €. Besondere Dynamik brachten Finanzierungen von Investitionen des gewerblichen Mittelstands. Hauptsächlich zu nennen sind allgemeine Investitionen in das Anlagevermögen (KfW-Unternehmerkredit) und energetische Investitionen, insbesondere in Windkraft- und Photovoltaikanlagen (ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm, KfW-Umweltprogramm).

Die Strukturen unseres Geschäfts entsprechen etwa denen des Vorjahres: 64 (Vj. 63) Prozent des Neugeschäfts sind dem gewerblichen Sektor zuzuordnen, 30 (Vj. 30) Prozent dem Immobiliengeschäft und 6 (Vj. 7) Prozent dem von der LR refinanzierten landwirtschaftlichen Sektor.

Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung von wohnwirtschaftlichen Programmen sind bei den Investoren gut bekannt und waren mit attraktiven Konditionen ausgestattet. Daher verwundert es nicht, dass die wohnwirtschaftlichen Programme wie im Vorjahr mit gleichen Anteilen zur Neugeschäftssteigerung beitrugen. Einen Schwerpunkt bildeten die Finanzierungen ökologischer Investitionsmaßnahmen, wie z. B. die Wärmedäm-

mung der Außenwände oder des Daches, der Austausch von Heizungen (KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, KfW-Wohnraum Modernisieren/Öko-Plus) oder die Errichtung von Energiesparhäusern (KfW-Ökologisch Bauen). Hohe Bedeutung hatte auch die Finanzierung allgemeiner wohnwirtschaftlicher Investitionen im Programm KfW-Wohnraum Modernisieren/Standard sowie der Bau oder Erwerb von selbst genutztem Wohnraum im KfW-Wohneigentumsprogramm.

Die Strukturen des Immobiliengeschäfts verdeutlichen, dass die Kleinteiligkeit des Durchleitungs geschäfts unverändert besteht. Während das Volumen unseres Immobilienneugeschäfts wie im Vorjahr 30 Prozent ausmacht, sind 63 (Vj. 63) Prozent aller Stückzahlen diesem Geschäftsteil zuzuordnen. 32 (Vj. 29) Prozent der Stückzahlen entfallen auf den gewerblichen Bereich und 5 (Vj. 8) Prozent auf den landwirtschaftlichen Sektor.

Wir leiteten per 31.12.2008 an 21 (Vj. 23) Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel der KfW und der LR weiter. Die Anzahl der Sparkassen nahm fusionsbedingt ab. Darüber hinaus refinanzierten wir – zum Teil mit KfW-Mitteln – die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) – siehe Kapitel MBG – und leiteten an sie Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikokapitalfonds für Schleswig-Holstein (EFRE I, EFRE II) und aus dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein weiter (siehe Kapitel Wirtschaft).

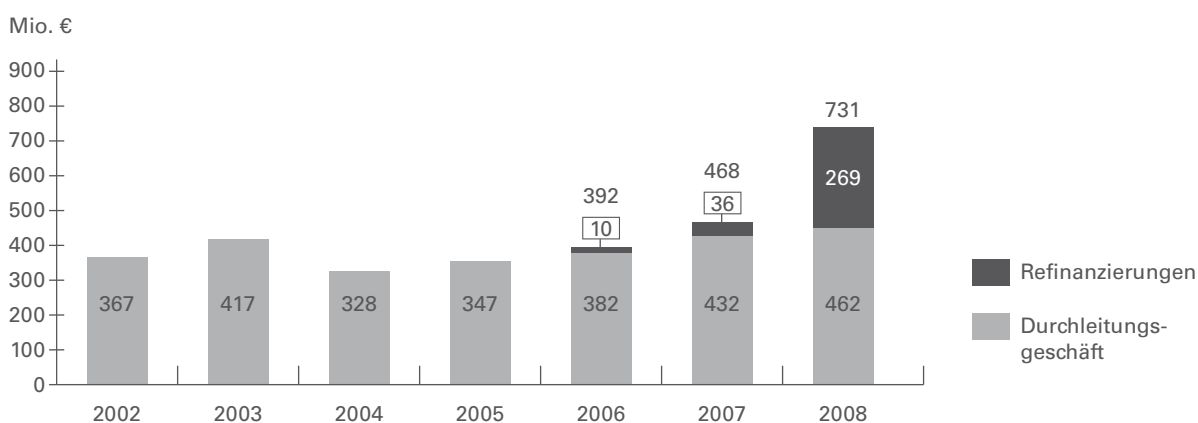
Mittelstand, Banken und Sparkassen durch Refinanzierungen gestärkt

Die Refinanzierungen wurden mit den Produkten IB.Einzelrefi und IB.Global Mittelstand zum zweiten Geschäftsmodell in der Bundesförderung. Wir gewähren Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an mittelständische und kommunalnahe Unternehmen sowie Immobilienerwerber, um Investitionen im Geschäftsgebiet der IB zu finanzieren. Banken und Sparkassen erhalten die Möglichkeit, entweder einzelne Investitionsvorhaben (IB.Einzelrefi) oder mehrere (IB.Global Mittelstand) zu refinanzieren. Das Geschäftsmodell besteht dadurch, dass der Verwaltungsaufwand bei Banken und Sparkassen so gering wie möglich gehalten wird, die Darlehensgewährung schnell und flexibel erfolgt und die Gestaltung der Enddarlehensnehmerverträge weitgehend den Banken und

Sparkassen überlassen wird. Die Refinanzierungsmittel stammen von der KfW.

Unser Neugeschäft bei den Refinanzierungen stieg um 233 Mio. € oder 647 Prozent auf 269 (Vj. 36) Mio. €. Es wurden überwiegend gewerbliche Investitionen vorrangig einzeln refinanziert, wobei Zinsbindungsfristen von 7 bis 10 Jahren bevorzugt wurden. Wir haben so einen Beitrag dazu geleistet, regionale Banken und Sparkassen mit Liquidität bei langfristiger Zinsbindung zu versorgen, der Vertrauenskrise unter den Banken entgegenzuwirken und damit den Mittelstand zu stärken – zur Sicherung von Investitionen in Schleswig-Holstein.

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre zeigt deutlich den mit 731 Mio. € sprunghaften Anstieg im Jahre 2008 und den mit 269 Mio. € erstmalig hohen Anteil an Refinanzie-

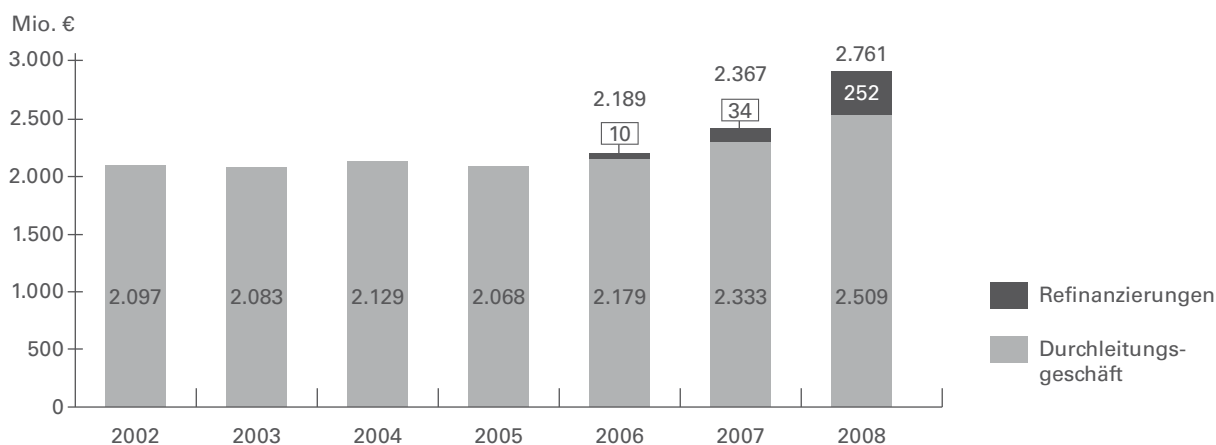
rungen (37 Prozent). Alleine das Durchleitungsgeschäft von 462 Mio. € war größer als in den vorangegangenen sechs Jahren.

Darlehensbestände kräftig ausgebaut

Der Stichtagsbestand per 31.12.2008 betrug 2,761 (Vj. 2,367) Mrd. €. Er wuchs mit 394 (Vj. 178) Mio. € stärker als in allen Vorjahren. Die Gründe für den kräftigen Ausbau liegen im Durchleitungsgeschäft in der

Verringerung außerordentlicher Rückzahlungen bei gleichzeitig gutem Neugeschäft. Bei den Refinanzierungen wurde das Neugeschäft bei geringen Tilgungen weitestgehend bestandswirksam.

Entwicklung der Stichtagsbestände (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Die Grafik verdeutlicht den Bestandssprung um 394 Mio. € von 2,367 auf 2,761 Mrd. € per 31.12.2008 im Vorjahresstichtagsvergleich. Die Refinanzierun-

gen erreichten 9,1 Prozent des Gesamtstichtagsbestandes.

Zusammenarbeit mit der KfW

Die KfW ist mit einem Stichtagsbestand per 31.12.2008 von 6,5 (Vj. 5,6) Mrd. € der bedeutendste Kreditgeber der IB. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf viele Geschäftsbereiche unseres Hauses. Hauptsächlich sind dabei zu nennen unser Treasury (Globaldarlehen der KfW „Allgemeine Refinanzierung“), das oben beschriebene Durchleitungsgeschäft und die Kooperation mit den Bereichen Immobilien, Kommunen sowie Wirtschaft.

Das Förderprogrammgeschäft war 2008 geprägt von zahlreichen Änderungen und der Veröffentlichung neuer Förderprogramme. Einige Schwerpunkte waren: Die Vorstellungen der Bundesregierung zur Krisenbewältigung wurden umgesetzt, z.B. zur Unternehmensförderung im „KfW-Sonderprogramm 2009“. Die Umweltfinanzierungen wurden neu geordnet, was u.a. zu einer Bündelung aller gewerblichen Finanzierungen für Inves-

titionen in erneuerbare Energien in einem neuen „KfW-Programm Erneuerbare Energien“ führte. Außerdem veränderte die Neuordnung der Beihilferegelungen durch die EU viele Förderprogramme inhaltlich und formalisierte sie zum Teil stark.

Die KfW organisiert sich 2009 intern neu; u. a. wird ein neuer Vertriebsbereich geschaffen, der auch den Vertrieb zu den Durchleit- und Förderinstitu-

ten steuern soll. Wir wünschen uns in der Folge, dass sich die Kooperation weiter intensiviert, z. B. im Austausch von Informationen über die Auslegungen der KfW-Förderprogramme oder auf dem Gebiet des Treasury, und dass möglichst wenige Konkurrenzsituationen entstehen, wie sich etwa eine auf dem Gebiet der Kommunalfinanzierungen andeutet.

Zusammenarbeit mit der LR

Mit der LR hat sich die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum durch Gewährung von Globaldarlehen intensiviert. Per 31.12.2008 hatten wir einen Stichtagsbestand von 0,6 (Vj. 0,4) Mrd. €, wobei 0,4 Mrd. € auf die Globaldarlehensgewäh-

rung und 0,2 Mrd. € auf das Durchleitungsgeschäft entfällt. Auch bei der LR führten die Veränderungen der Beihilferegelungen durch die EU zu erheblichen Veränderungen der Förderprogramme. So wurde u. a. das risikogerechte Zinssystem eingeführt und alle Förderprogramme neu gestaltet.

Ausblick 2009

Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2009 Unternehmen und private Kunden unserer Region wie im Vorjahr von Banken und Sparkassen in ausreichendem Maß mit Krediten versorgt werden. Allerdings erwarten wir eine Rezession und mit abnehmender Wirtschaftstätigkeit eine geringere

Nachfrage nach Förderkrediten der KfW und nach Refinanzierungen der IB. Die Banken- und Wirtschaftskrise sowie Beihilfefragen – z. B. die sich abzeichnende starke Modifizierung des risikogerechten Zinssystems der KfW – werden einige unserer Kernthemen im nächsten Jahr sein.

IB.Europa

Von der Stabsstelle IB.Europa werden EU-Aktivitäten in den drei Aufgabenbereichen Enterprise Europe Network (EEN), Managing Authority INTERREG/

EU-Ostseeprogramm und IB.Repräsentanz Brüssel wahrgenommen.

Enterprise Europe Network

Das Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein ist seit dem 01.01.2008 zentrale Anlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen und Technologietransfer. Dieser EU-Beratungsservice für Hamburg und Schleswig-Holstein hat die Angebote der Euro Info Centres und Innovation Relay Centres abgelöst. Das von der EU-Kommission eingerichtete Netzwerk bündelt sämtliche EU-bezogenen Dienstleistungen unter einem Dach. Norddeutsche Unternehmen profitieren von der hohen Effizienz und der breiten Leistungspalette des größten EU-Service-Netzwerks mit mehr als 500 Kontaktstellen in fast 40 Ländern. Die IB ist Koordinatorin für Hamburg und Schleswig-Holstein gegenüber der Europäischen Kommission. Weitere Partner sind die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, die TuTech Innovation GmbH (Hamburg) und die Innovationsstiftung Hamburg.

Das erste Halbjahr war geprägt vom Aufbau des neuen Netzwerks. Es wurden mit den Partnern Kooperationsverträge geschlossen, ein Flyer mit dem Dienstleistungsangebot des EEN erstellt und ein neuer Internetauftritt entwickelt (www.een-hhsh.de). Am 16. Juni 2008 fand im Haus der Wirtschaft mit 170 Teilnehmern die offizielle Auftaktveranstaltung des Netzwerks statt, die durch Peter Harry



Wir stehen Unternehmen zur Seite

Carstensen, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, und Gunther Bonz, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg, eröffnet wurde. Die anschließende Podiumsdiskussion mit Unternehmen über die Nutzung von europäischen Förderprogrammen, den Aufbau von Kooperationen in Europa und die Rolle des Enterprise Europe Networks war ein großer Erfolg.

Gemeinsam mit der EEN-Partnerin Innovationsstiftung Hamburg berät der Bereich IB.Europa schwerpunktmäßig über EU-Fördermöglichkeiten, gibt Unterstützung bei der Suche nach Partnern für EU-Verbundvorhaben und hilft bei der Beantragung der EU-Mittel. Im Rahmen des Netzwerks informierte die IB auf 70 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten. Beispielhaft sollen hier genannt werden:

- ▶ Workshop über EU-Förder- und Finanzierungsinstrumente für KMU im Bereich der nachhalti-

gen Energien auf der europäischen Woche für nachhaltige Energie in Brüssel im Februar 2008

- ▶ Workshop zu den EU-Umweltprogrammen LIFE+ und Öko-Innovationen in Rendsburg im Juni 2008
- ▶ Workshop zum Aufruf Informations- und Kommunikationstechnologien im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU im Kieler Haus der Wirtschaft im Oktober 2008
- ▶ Informationsveranstaltung zu Marco Polo II, dem EU-Förderprogramm zur Verlagerung von

internationalem Straßengüterverkehr auf alternative Verkehrsträger, im November 2008 in Hamburg

Der Bereich IB.Europa beriet im Rahmen von EEN 1.000 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen über EU-Förderprogramme und unterstützte sie bei der Beantragung dieser Fördermittel. Mit Hilfe des EEN konnte z.B. die Firma CRM – Coastal Research & Management aus Kiel für ihr EU-Projekt ECOSMA im Rahmen des LIFE+ Programms Mittel über 500.000 € akquirieren.

IB.Repräsentanz Brüssel

Die IB.Repräsentanz unterstützte im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein das Land bei der Durchführung seiner Aufgaben im Rahmen des Projekts RENREN (Renewable Energy Regions Network). Das RENREN-Netzwerk fördert den Wissensaustausch und die Nutzung erneuerbarer Energien in europäischen Regionen. Um für das Netzwerk zusätzliche Ressourcen zu erschließen, wurden Mittel aus dem Förderprogramm INTERREG IVC beantragt.

Managing Authority INTERREG

Die IB führte 2008 in ihren Funktionen als Managing und Paying Authority (Verwaltungsbehörde/Zahlstelle) sowie als Trägerin der Programmsekretariate in Rostock und Riga die zum Jahresende auslaufenden EU-Gemeinschaftsinitiativen INTERREG III B Ostsee und INTERREG IIIC Nord zum Abschluss. Auch in der nächsten Förderperiode ist die IB im Rahmen des EU-Ostseeprogramms 2007–2013 (Baltic Sea Region Programme) für die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum zuständig.

INTERREG/Baltic Sea Region Programme

EU-Förderprogramme im Ostseeraum

Baltic Sea Region Programme 2007–2013: Start der neuen Förderperiode und Durchführung der ersten Antragsrunde

Mit der Reform der europäischen Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007–2013 sind die INTERREG-Programme neu ausgerichtet worden. Sie sind nun Teil des EU-Kohäsionsziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“. Das Ostseeraumprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007–2013) fördert die transnationale Zusammenarbeit in der Makroregion rund um die Ostsee. Gemeinsame Projekte der Ostseeanrainer sollen dazu beitragen, den Ostseeraum wirtschaftlich und sozial weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck sollen Investitionen in die Infrastruktur bis zur Umsetzung geplant werden. Dafür stehen 195,6 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) zur Verfügung. Weitere 5,7 Mio. € sind norwegische Fördergelder. 20,3 Mio. € werden aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerinstrument (ENPI) beigesteuert.

Für das Baltic Sea Region Programme 2007–2013 übernimmt die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Funktion der gemeinsamen Verwaltungsbehörde und Zahlstelle im Auftrag der beteiligten Mitgliedsstaaten. Die IB ist auch Trägerin des Programmsekretariats. Diese zentrale Anlaufstelle ist in Rostock und Riga (Lettland) angesiedelt.

Im Februar 2008 wurde das neue Ostseeprogramm in Rostock durch die Vertreter der elf Teilnehmerländer offiziell gestartet. Auf dieser Sitzung wurden die Programmdokumente und das Bewer-



bungsverfahren für die erste Antragsrunde verabschiedet. Acht Monate später, im Oktober 2008, genehmigte der Begleitausschuss in Kopenhagen die ersten Projekte. 24 Vorschläge von insgesamt 119 eingereichten Anträgen waren erfolgreich. Das Fördervolumen der genehmigten Projekte beträgt etwa 60,6 Mio. € (EFRE und norwegische Mittel).

Im Jahr 2008 zählten zu den Hauptaufgaben des Programmsekretariats die Vorbereitung des Programmstarts und die Durchführung der ersten Antragsrunde. Potenzielle Antragsteller konnten an verschiedenen Orten an Informationsveranstaltungen teilnehmen, sich auf der Programmwebsite informieren oder in individuellen Beratungsgesprächen den direkten Kontakt zum Sekretariat suchen. Das Sekretariat übernahm auch die Auswertung der Projektanträge und formulierte Entscheidungsvorschläge für den Begleitausschuss. Durch das Sekretariat wurde 2008 eine komplexe, internetgestützte Programmverwaltungs-Software entwickelt. Diese Software unterstützt alle Schritte der Programmverwaltung, angefangen von der Antragstellung bis hin zur letzten Projektauszahlung. Darüber hinaus wurde die zweite Antragsrunde für Anfang 2009 vorbereitet.

Das Budget für diese Aufgaben ist im Programm als so genannte Technische Hilfe eingeplant. Im Jahr 2008 betrug es nur etwa 350.000 €. Die meisten Start-up-Ausgaben konnten aus der Technischen Hilfe des Vorgängerprogramms gedeckt werden.

South Baltic Cross-Border Co-Operation Programme 2007–2013: Start des neuen Programms und Durchführung der ersten und zweiten Förderrunde

Mit dem neuartigen Programm soll die grenzüberschreitende Entwicklung in der südlichen Ostseeregion gefördert werden. Zum Programmgebiet gehören an die Ostsee grenzende Landkreise oder Regionen der Länder Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Schweden sowie die Region Kaliningrad. Etwa 60,7 Mio. € EFRE-Gelder stehen zur Verfügung. Die IB verwaltet für dieses Programm einen der fünf regionalen Kontaktpunkte (South Baltic Programme Contact Point). Im Rostocker Büro werden Antragsteller aus Mecklenburg-Vor-

pommern bei der Entwicklung von Projektanträgen beraten.

Im April 2008 wurde das Programm in Gdansk (Polen) gestartet. In der ersten Förderrunde wurden aus 18 Projektanträgen vier Projekte mit einem EFRE-Anteil von 4,5 Mio. € bewilligt. Eine zweite Förderrunde wurde im Oktober eröffnet. Die Kontaktstelle betreute hauptsächlich die Antragsteller der ersten und zweiten Förderrunde. Darüber hinaus arbeitet die Kontaktstelle eng mit dem Programmsekretariat in Gdansk und dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Außerdem werden Projektträger bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützt. Das Budget der Kontaktstelle belief sich 2008 auf 43.500 €.

INTERREG IVC: Start der neuen Förderperiode und Betreuung von Antragstellern der ersten und zweiten Förderrunde

INTERREG IVC fördert in der Periode 2007–2013 die europaweite Zusammenarbeit von Regionen. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen und das Wissen regionaler Akteure zu stärken. Damit sollen vor allem schwach entwickelten Regionen neue Instrumente an die Hand gegeben und die Regionalpolitik insgesamt effektiver gestaltet werden. Die beiden Programmschwerpunkte „Innovation und Wissensgesellschaft“ sowie „Umwelt und Risikovermeidung“ leiten sich aus der europäischen Wachstums- und Beschäftigungsagenda ab. Das Programmvolumen beträgt 321,3 Mio. € – ohne Berücksichtigung der nationalen Kofinanzierung. Diese Mittel stammen aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE). Die zentrale programmverwaltende Stelle der neuen Periode befindet sich in Lille (Frankreich). Ihre Arbeit wird von vier Info Points unterstützt. Die IB verwaltet



den Info Point North in Rostock vorrangig für Anträge aus Skandinavien, Deutschland und dem Baltikum.

Ende Oktober 2007 startete eine erste Bewerbungsrunde. Im September 2008 wurden aus 492 Projektanträgen 41 Projekte im Umfang von 69,5 Mio. € durch den Begleitausschuss der Teilnehmerländer (EU-Länder sowie Schweiz und Norwegen) genehmigt. Eine zweite Förderrunde begann im Oktober 2008. Die Hauptaufgaben des Info Points umfassten 2008 die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung von Antragstellern und die Bewertung von Projektanträgen. Darüber hinaus unterstützte der Info Point das Programmsekretariat in Lille bei der Verwaltung des Programms. Das Budget für 2008 betrug 115.000 €.

EU-Programme der neuen Förderperiode 2007–2013 mit Begleitung durch die IB (Stand 31.12.2008)

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB	Genehmigte Projekte	Anzahl der Förderrunden
Baltic Sea Region Programme	EFRE: 195,6 Norwegen: 5,7 ENPI: 20,3	MA, CA, JTS	24	1
INTERREG IVC	EFRE: 321,3	Info Point	41	2
South Baltic Programme	EFRE: 60,7	Contact Point	4	2

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), CA – Certifying Authority (Prüfbehörde), JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)

Programme der auslaufenden Förderperiode 2000–2006: Das Ostseeraum-Programm und INTERREG IIC stehen vor dem Abschluss

Insgesamt 147,6 Mio. € EFRE-Mittel standen dem Vorgängerprogramm „Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood Programme“ inklusive der beiden grenzüberschreitenden III A Prioritäten Nord (Estland, Lettland und Russland) und Süd (Lettland, Litauen und Weißrussland) zur Verfügung. Weitere 15 Mio. € stammten aus dem Tacis-Programm für russische und weißrussische Projektpartner.



In der auslaufenden Förderperiode wurden insgesamt 129 Projekte in der III B Priorität und 99 Projekte in den III A Prioritäten bewilligt. Bis Ende 2008 wurden alle Projekte umgesetzt. 13 Projekte befinden sich jedoch noch in einem mehrstufigen Prüfverfahren und werden erst nach dessen Abschluss ausgezahlt. Die Auszahlungen der EFRE-Mittel an die Projekte summierten sich Ende 2008 auf 106,4 Mio. € (III B Priorität) und 15,6 Mio. € (III A Prioritäten). Die Auszahlung der Tacis-Fördergeldern obliegt den Vertretungen der Europäischen Kommission in Russland und Weißrussland.



Auch das INTERREG IIC Nord Programm wurde 2008 abgeschlossen. Über 35,5 Mio. € EFRE-Mittel und 2,7 Mio. € aus dem norwegischen Fördertopf standen zur Verfügung. Damit wurden insgesamt 35 interregionale Projekte gefördert. Schon Ende 2007 konnten alle Projekte abgeschlossen werden. Zwei Projekte befinden sich noch in laufenden Prüfverfahren und werden erst nach dessen Abschluss ausgezahlt. Die Auszahlungen der Mittel an die Projekte summierten sich Ende 2008 auf 30,8 Mio. € mit einem Anteil von 1,2 Mio. € an norwegischen Fördergeldern.

Die IB trat in beiden Förderprogrammen als gemeinsame Verwaltungsbehörde, Zahlstelle und Trägerin der Programmsekretariate auf. Zu den Hauptaufgaben der Sekretariate zählten 2008, alle abschließenden Projektberichte zu prüfen, die verbliebenen Fördermittel auszuzahlen und für die teilnehmenden Länder sowie die Europäische Kommission die entsprechenden Rechenschaftsberichte zu verfassen. Die Aufgaben der IB wurden aus Programmmitteln (Technische Hilfe) bestritten.

**EU-Programme der auslaufenden Förderperiode 2000–2006 mit Begleitung durch die IB
(Stand 31.12.2008)**

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB	Genehmigte Projekte	Anzahl der Förderrunden
INTERREG III B Nachbarschafts- programm	EFRE: 147,6 TACIS: 15,0	MA, PA, JTS	228	
Priorität III B	EFRE: 128,4 TACIS: 7,5		129	12
Priorität III A Nord	EFRE: 19,2 TACIS: 7,5		46	5
Priorität III A Süd			53	5
INTERREG IIIC Nord	EFRE: 35,5 Norwegen: 2,7	MA, PA, JTS	35	4

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), PA – Paying Authority (Zahlstelle),
JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)

Kulturengagement

Kulturförderung der IB – intern/extern

Kultur prägt unser Land und seine Menschen und ist damit ein wichtiger Faktor für die Attraktivität einer Region. Kulturförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Als zentrales Förderinstitut übernehmen wir daher auch Verantwortung für regionale Kunst und Kultur. Unser Kulturengagement beruht auf drei Säulen: Wir unterstützen kulturelle Belange im Rahmen unserer originären Arbeit. So z.B. mit Fördermitteln aus dem Kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege. Außerdem erhalten Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft kostenlose Beratung und maßgeschneiderte Finanzierungen.

An zweiter Stelle folgt das Sponsoring. Unsere langjährige Zusammenarbeit mit JazzBaltica und dem Literaturhaus Schleswig-Holstein konnten wir 2008 erfolgreich fortsetzen. Im Vorfeld des JazzBaltica-Festivals erlebten Gäste der Bank und Freunde des Jazz wieder ein Preview-Konzert in der IB; diesmal das Martin Wind Quartet. Außerdem wurde erstmals der von der IB gestiftete, mit 3.000 € dotierte JazzBaltica-Förderpreis vergeben. Erster Preisträger war die Band Firomanum mit Wurzeln in Kiel, Hamburg und Bad Segeberg. Mit dem Preis werden die Arbeit und das künstlerische Potenzial junger, norddeutscher Jazzmusiker gewürdigt. In Zusammenarbeit mit dem SHMF konnten wir im Herbst 2008 gemeinsam mit dem Hanse-Office in einem Sonderkonzert den Norden Deutschlands musikalisch hervorragend vor 400 Gästen in Brüssel präsentieren.

Durch die Partnerschaft mit dem Literaturhaus Schleswig-Holstein unterstützen wir Projekte der landesweiten Literaturvermittlung und konnten

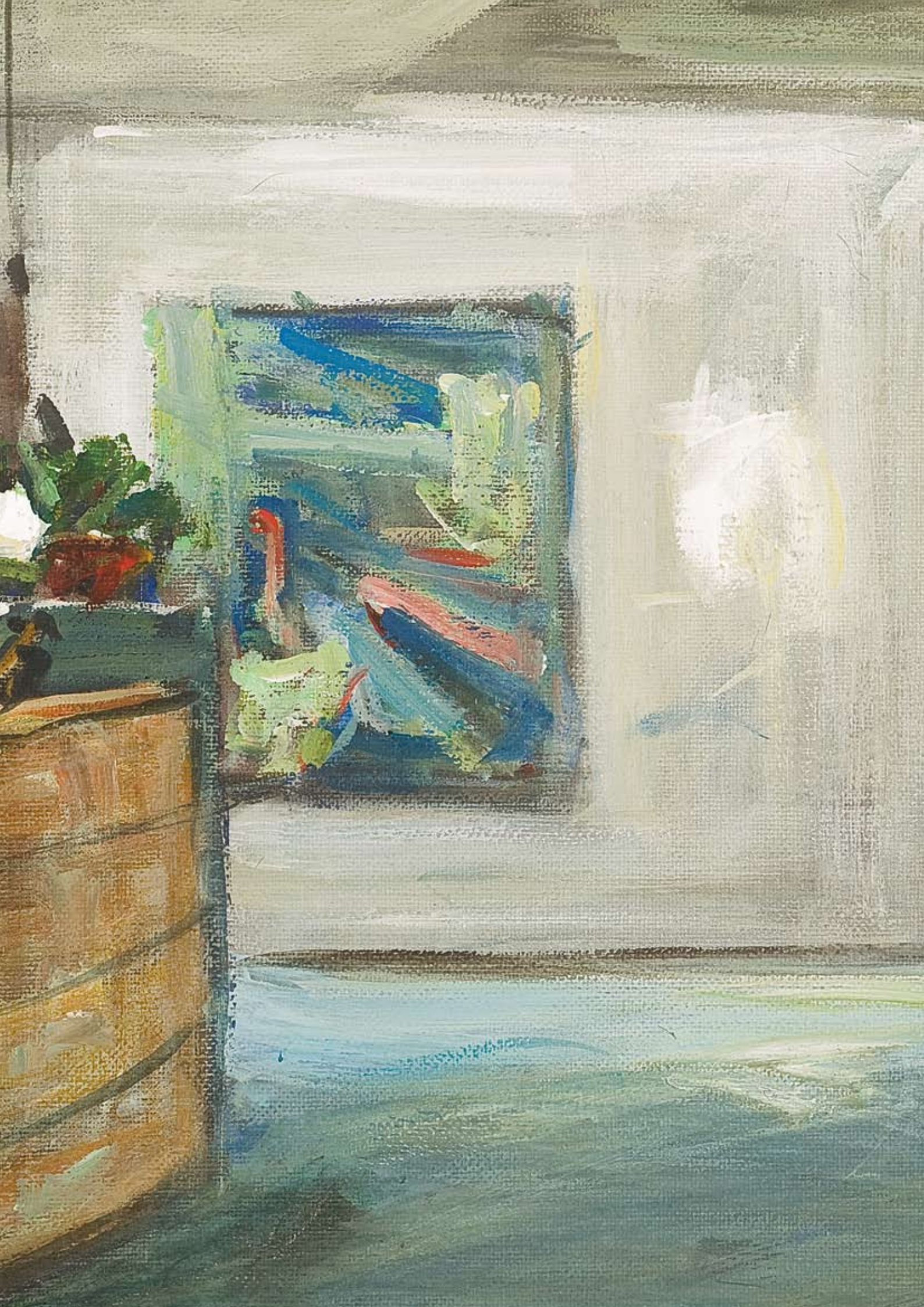
2008 mit Lesungen von Karen Duve und Kirstin Warschau zwei erfolgreiche eigene Veranstaltungen für Gäste und Mitarbeiter anbieten.

Die Ausstellungsreihe „Paare“, die wir seit 2006 gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag organisieren, ist auf große Resonanz gestoßen. Im Jahr 2008 fanden die vierte und die fünfte Ausstellung aus der Reihe „Paare“ mit Werken der Geschwister Katharina und Johannes Duve im Frühjahr sowie von Hans Kock und Ken Denning im Herbst statt. Auch das Sponsoring des Bundesverbandes Bildender Künstler, LV Schleswig-Holstein (BBK SH), konnten wir fortführen. Im Gegenzug organisierte der BBK wieder vier Ausstellungen in den Räumen der IB. Zusätzlich sponserten wir 2008 wieder eine Vielzahl von regionalen Kulturinitiativen. Eine feste Größe bleibt der IB.Kunstkalender, der seit 1987 in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint und vier regionalen Künstlern eine landesweite Bekanntheit ermöglicht.

Den dritten Aspekt bilden kulturelle Angebote für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Kulturkreis der IB eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen, an Kulturevents teilzunehmen und die künstlerischen Belange der IB mitzugestalten. Wir engagieren uns auf diesem Gebiet auch intern, weil wir wissen, dass Kunst und Kultur einen großartigen und geeigneten Hintergrund für Begegnungen, für Gespräche und für Erfahrungsaustausche geben.

Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten werden wir unser Kulturengagement auch 2009 fortsetzen.







Ausschnitt aus „Auf geht's“ von Christoph Thiele, 40 x 30 cm



Jahresabschluss

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

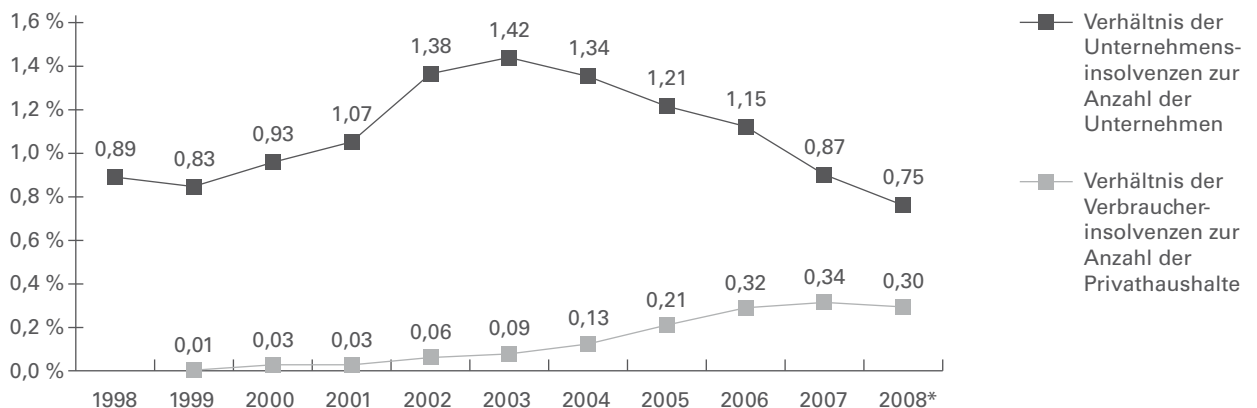
Das Marktumfeld der Banken stand im Jahr 2008 zunehmend im Zeichen der Finanzmarktkrise und der von den Zentralbanken und Regierungen ergriffenen Maßnahmen. Im Herbst beschlossen die Finanzminister der EU, „systemrelevante“ Finanzinstitute zu unterstützen und europaweit Spareinlagen zu garantieren. Die Mitgliedsländer der Eurozone einigten sich auf gemeinsame Regeln für nationale Rettungspläne zugunsten des Finanzsektors und erklärten das gemeinsame Ziel, Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Den negativen Folgen der Finanzmarktkrise für die Realwirtschaft in Schleswig-Holstein wirkt die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) durch das verstärkte Refinanzierungsgeschäft mit Sparkassen und Banken in Schleswig-Holstein entgegen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Hypo Real Estate-Gruppe beteiligte sich die IB im Oktober 2008 durch die Einräumung einer Kreditlinie sowie durch eine Ausfallgarantie zu Gunsten des Bundes.

Im Jahr 2008 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland mit 1,3 % (Vj. 2,5 %) deutlich schwächer als in den vorangegangenen Jahren. Die Wachstumsimpulse kamen dabei ausschließlich aus dem Inland. Während die Bruttoinvestitionen und der Staatskonsum stiegen, stagnierte der private Konsum. Der Außenbeitrag bremste die wirtschaftliche Entwicklung. Ursache hierfür war die zu den vorangegangenen Jahren deutlich geringere Zunahme der Auslandsnachfrage bei einer weiterhin ungebrochenen Importneigung der deutschen Wirtschaft.

Abb. 1: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1998 bis 2008



* Hochrechnung auf Basis des 3. Quartals 2008

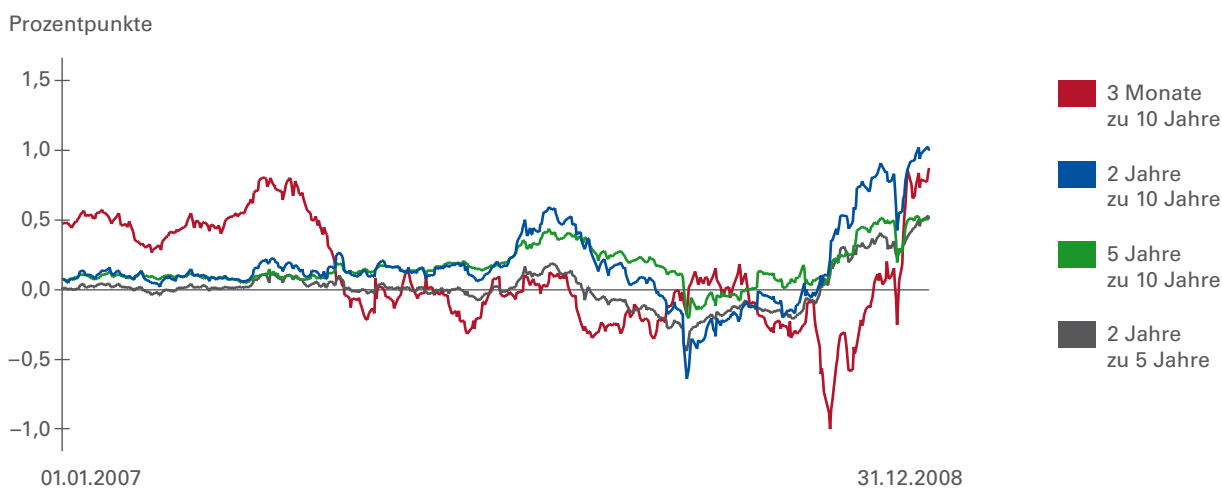
Auf Basis der Zahlen des 3. Quartals ist für 2008 bei den Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein ein weiterer Rückgang zu erwarten, sofern im 4. Quartal nicht bereits negative Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft durchgeschlagen sind. Der Wertberichtigungsbedarf im Bereich Wirtschaft lag 2008 trotz der Finanzmarktkrise innerhalb unserer Erwartungen. Im privaten Bereich scheint sich der Trend steigender Verbraucherinsolvenzen nicht weiter fortzusetzen. Infolgedessen blieb im Bereich Immobilien die erforderliche Risikovorsorge auf Vorjahresniveau.

Die internationalen Turbulenzen an den Finanzmärkten haben die Bankensysteme stark belastet. Dies hat zu einer weltweiten Verschärfung der Kreditbedingungen, einem Vertrauensverlust und einem Verfall der Aktienkurse geführt. Insbesondere die Zinssätze am unbesicherten Geldmarkt erwiesen sich als relativ volatil. So zogen diese zunächst

im Zuge der erhöhten Risikoprämien für Kredite und Liquidität stark an, um anschließend im Zusammenhang mit den erwarteten rückläufigen Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der umfangreichen staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Zahlungsfähigkeit der Banken drastisch zu fallen. Diese Abwärtsbewegung spiegelt neben der Senkung der Leitzinsen durch die EZB von insgesamt 1,75 Prozentpunkten im 4. Quartal 2008 auch die reichliche Zuführung von Liquidität über die geldpolitischen Maßnahmen im Eurosystem wider.

Der Kapitalmarkt in der Eurozone wurde in den kurzen Laufzeiten von den hohen Zinssätzen am unbesicherten Geldmarkt negativ beeinflusst. Die Zinsstrukturen waren überwiegend flach und zum Teil invers (s. Abb. 2). Erst in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres nahm die Zinskurve wieder eine normale Form an.

Abb. 2 : Spreadentwicklung der Swapzinssätze 2007 bis 2008 in Prozentpunkten



1.2 Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹⁾. Alleiniger Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Im zweiten Programmjahr des Zukunftsprogramms Wirtschaft wurden weitere konzeptionelle Arbeiten gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein zum Abschluss gebracht. Für die Förderperiode 2007–2013 stehen Mittel aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE), aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und aus Landesmitteln zur Förderung regionaler Projekte und betrieblicher Investitionen – im gesamten Landesgebiet – zur Verfügung.

Der personelle und organisatorische Aufbau des Bereiches konnte für die arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes weitgehend abgeschlossen werden. Zusätzlich zu der Abwicklung des Zukunftsprogramms Arbeit wurden der IB im Jahr 2008 weitere Aufgaben im Bereich der Umsetzung des Schleswig-Holstein-Fonds übertragen. Weitere Aufgabenübertragungsverträge arbeitsmarktpolitischer Programme sollen rückwirkend zum 01.01.2009 wirksam werden.

Im Rahmen der EU-Strategie „European Territorial Cooperation“ ist die IB für das Programm „Baltic Sea Region Programme 2007–2013“ wiederum als Verwaltungsbehörde und Bescheinigungsstelle (Managing und Certifying Authority) sowie Trägerin des Programmsekretariates in Rostock und Riga für die ordnungsgemäße Programmumsetzung zuständig. Dabei wird sie durch die im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium angesiedelte Prüfbehörde (Audit Authority) sowie durch

den aus Repräsentanten der beteiligten Ostseeanrainer besetzten Begleitausschuss (Monitoring Committee) unterstützt. Zudem unterhält die IB für die neue Programmperiode einen „Info Point“ im Rahmen des Programms zur interregionalen Zusammenarbeit INTERREG IV C sowie einen nationalen „Contact Point“ für das „South Baltic Programme“ im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Mit dem im Februar 2008 gestarteten „Enterprise Europe Network“ (EEN) wurde das Beratungsangebot der „Euro Info Centren“ (EIC) sowie der „Innovation Relay Centren“ (IRC) für kleine und mittelständische Unternehmen zu EU-Förderprogrammen und Technologietransfer in Europa zusammengefasst. Die IB fungiert hierbei als Koordinator für Schleswig-Holstein und erstmalig auch für die Freie und Hansestadt Hamburg.

Mit Wirkung zum 01.10.2008 hat die IB ihre Beteiligung an der Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (LGSH) auf 94 % der Stimmrechte erhöht. Die vor über 90 Jahren gegründete LGSH ist die einzige anerkannte, gemeinnützige Siedlungsgesellschaft in Schleswig-Holstein. Zu ihren Geschäftsbereichen zählen die Förderung des Agrarstrukturwandels und die Flächenbeschaffung für Naturschutz- und Infrastrukturprojekte. Die LGSH ist Dienstleister für die Gemeinden, Kreise, das Land sowie für die Institutionen und Betriebe im ländlichen Raum, so dass in dieser Beteiligung eine gute Ergänzung unseres Förderauftrages sowie auch eine Stärkung unserer Position als zentrales Förderinstitut in Schleswig-Holstein gesehen wird. Gleichzeitig wird die Bedeutung der LGSH als Siedlungsgesellschaft für Schleswig-Holstein durch unsere Beteiligung verstärkt. Das Land Schleswig-Holstein hat zugesagt, dass bis zum Ende des Jahres 2013 die LGSH weiterhin Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungs-

1) § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

maßnahmen sowie Vertragsnaturschutz und ein Flächenmanagement im Eigen-, Auftrags- und Treuhandgeschäft im Landesauftrag durchführen wird.

Die IB hat in 2008 ihren Beitritt zur Förderbankenkooperation erklärt und die erforderlichen Schritte eingeleitet. Das Ziel der Förderbankenkooperation mit neun Förderinstituten aus ganz Deutschland besteht darin, durch gemeinsame Anforderungsdefinition und Auftragsvergabe wesentliche Kostensenkungen zu erzielen. Parallel wurde für die Einführung der kooperations-eigenen Softwarelösung ABAKUS (Aktuelles Förderbanken Antrags- und Kundensystem) im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung eine Projektbegleitung ausgewählt und das Projekt „IB.ABAKUS“ gestartet. Nach initialisierenden Aktivitäten befindet sich das Projekt seit Mitte des abgelaufenen Jahres in der Umsetzungsphase.

In Zusammenarbeit mit der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg wurde das Beratungsprogramm „IB.Finanz@ss“ entwickelt und implementiert. Hiermit können Immobilienkunden Fördermittelansprüche online selbst ermitteln und Finanzierungspartner ihre Darlehensanträge elektronisch zuführen. Weitere Investitionen betreffen die Einführung von SAP/ABAKUS sowie IT-Erfordernisse unter anderem im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung. Insgesamt umfasst das aktivierte Investitionsvolumen im abgelaufenen Geschäftsjahr 1,9 Mio. € (Vj. 2,0 Mio. €).

Mit dem Risikobegrenzungs-gesetz hat der Gesetzgeber den Schutz des Kreditnehmers beim Verkauf von Krediten deutlich gestärkt. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass Kredite an Privatpersonen, für die eine Grundschuld einzutragen ist, nur dann verkauft werden können, wenn der Kunde durch einen ausdrücklichen Hinweis im Darlehensvertrag hierüber vorher informiert wurde. Die IB hat bisher keine Kreditverkäufe vorgenommen und sieht diese Praxis als nicht mit dem Auftrag als

Förderinstitut vereinbar. Auf Basis dieses Grundverständnisses hat die IB über die gesetzlichen Regelungen hinaus beschlossen, mögliche Verkäufe auch für alle Finanzierungen mit Verbrauchern, Wohnungs- und sonstigen Unternehmen nur mit Zustimmung des Kreditnehmers vorzunehmen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Kreditraten vertragsgemäß bedient werden oder nicht. Die Regelung bezieht sich auf alle bestehenden und künftigen Kreditforderungen.

Zum 31.12.2008 beschäftigte die IB 186 Mitarbeiter und 246 Mitarbeiterinnen (insg. 432, Vj.406), davon 328 Vollzeitkräfte (Vj.302) und 104 Teilzeitkräfte (Vj.104). In den Beschäftigungszahlen enthalten sind der Vorstand sowie 13 Auszubildende und 4 Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 43,2 Jahren (Vj. 43,6), die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 14,3 Jahre (Vj. 15,6).

Im Jahr 2008 wurden 5 Auszubildende und 3 Trainees eingestellt. Die IB bildet derzeit in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Rechtsreferendariate und Praktikumsplätze.

Im Jahr 2008 fanden 820 interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen statt. Mit Maßnahmen zur Potentialförderung und Einzelcoachings zur Absicherung der individuellen Entwicklung hat die Bank den Fokus weiterhin auf die Qualifizierung von insbesondere jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelegt.

Im ersten Quartal 2008 wurden ein neues Beurteilungs- und Zielvereinbarungssystem in der IB eingeführt. Auf der Grundlage der Dienstvereinbarungen zur leistungsorientierten Bezahlung (LOB) und zur Kombibeurteilung wurde ab 2008 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine variable Vergütung eingeführt. Das Jahresgehalt wird über die persönliche Zielerreichung sowie den Gesamter-

folg der Bank wesentlich beeinflusst. Mit der Einführung von LOB soll sich das Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch stärker an den Zielen der Bank orientieren und zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung führen. Auf die insgesamt erhöhten Anforderungen an das Führungsverhalten wurden die Führungskräfte in Workshops vorbereitet. Die vorhandenen Strukturen der variablen Vergütung wurden mit dieser Regelung verstärkt und ausgebaut. Getragen wird dieses neue

Führungsinstrument von den in 2007 entwickelten „Führungsleitsätzen und Grundsätzen der Zusammenarbeit“

Nachdem seit Februar 2007 die IB ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit der Kinderbetreuung im Notfall anbietet, wurde erstmals auch ein Ferienprogramm der Kinderbetreuungseinrichtung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgenommen.

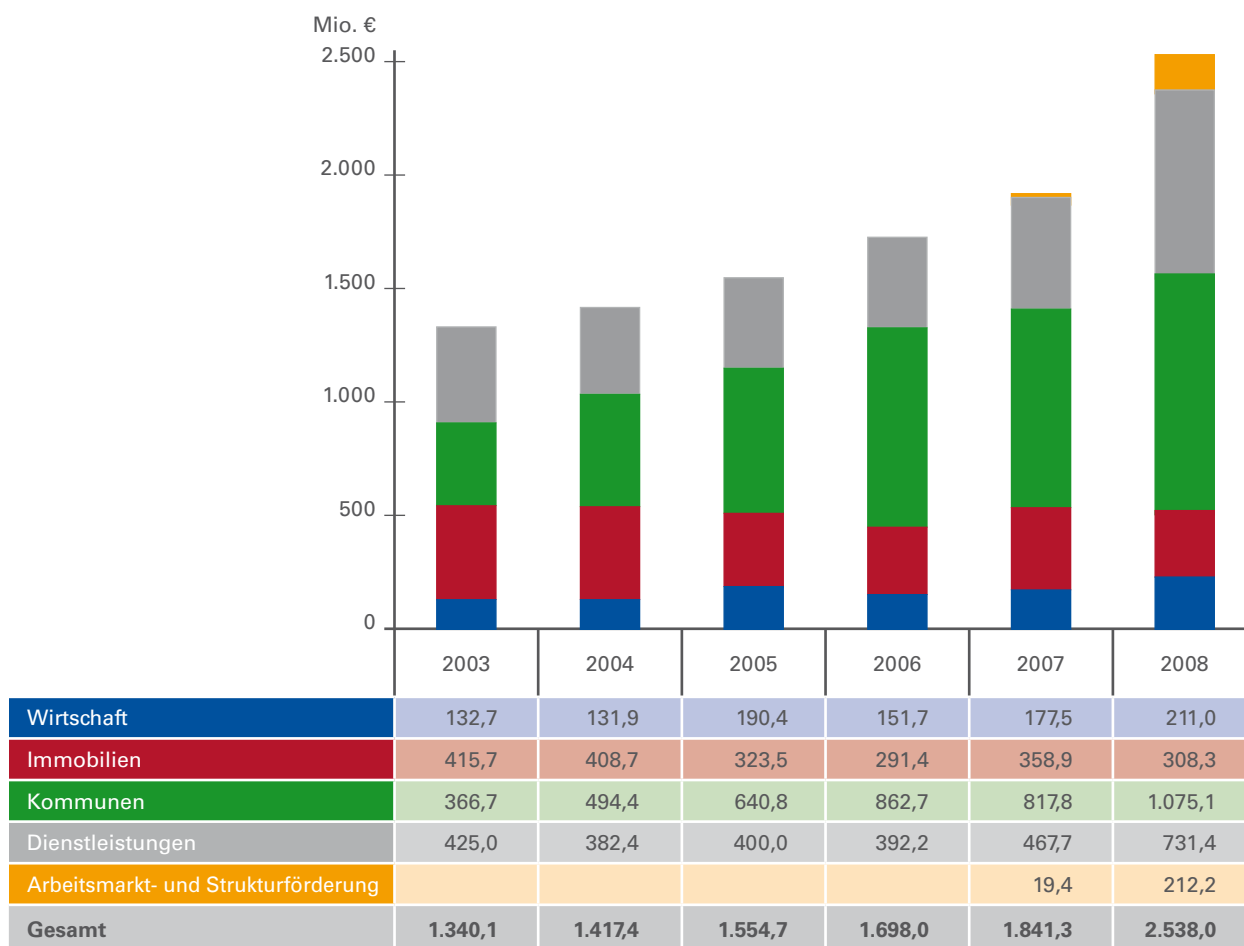
1.3 Geschäftsverlauf

Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung der Fördertätigkeit der IB. Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 2.538,0 Mio. € (Vj. 1.841,3 Mio. €) erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rd. 38 %. Der Förderbestand zum 31.12.2008 erhöhte sich auf 12,3 Mrd. € (Vj. 10,9 Mrd. €). Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 91 % auf Darlehen und Bürgschaften sowie 9 % auf Zuschüsse. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die IB in Folge der durch die Finanzmarktkrise aufgetretenen Liquiditäts- und Finanzierungsengpässe verstärkt in Anspruch genommen wurde.

Die Marktbereiche der IB sind in die Sparten Wirtschaft, Immobilien, Kommunen sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst; hierzu zählen insbesondere die Durchleitung von Programmkrediten sowie das Refinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen.

Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 211,0 Mio. € (Vj. 177,5 Mio. €). Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von rd. 8 % (Vj. 10 %). Das bis 2007 hier ausgewiesene Zuschussgeschäft (Vj. 26,4 Mio. €) wird ab 2008 der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung zugewiesen.

Abb. 3: Neugeschäftsentwicklung 2003 bis 2008 nach Sparten



Wie im Vorjahr wurde das Neugeschäft insbesondere durch Investitions- und Kooperationsdarlehen getragen. Schwerpunktbranchen waren sowohl das verarbeitende Gewerbe als auch der Dienstleistungssektor. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Projekten auf dem Gebiet der regenerativen Energien begleitet. Das für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegte Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter etabliert.

Mit dem „EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein“ wurde ein Instrument geschaffen, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Existenzgründern – insbesondere in strukturschwachen Gebieten – den

Zugang zu Beteiligungskapital zu erleichtern. Der in 2005 aufgelegte Fonds wurde zum Jahresende 2008 ausplatziert. Im Hinblick auf das bewährte Gesamtkonzept ist bereits Ende 2007 der neue „EFRE-Risikokapitalfonds II“ gestartet, in den erneut auch Gelder der Europäischen Union aus den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) eingeflossen sind. Dieser Fonds kann offene und stille Beteiligungen an Unternehmen nunmehr in ganz Schleswig-Holstein eingehen. Die Ausplatziierungszeit ist bis 2013 festgelegt und erfolgt erneut im Zusammenspiel von IB und der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) sowie weiterer möglicher privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften.

Gemeinsam mit anderen Instituten der Kreditwirtschaft haben das Land und die IB zum 01.07.2008 einen mit 30,0 Mio. € ausgestatteten „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein“ aufgelegt. Mit dem Fonds sollen gezielt die Unternehmen bei Zukunftsinvestitionen unterstützt werden, die bisher für die klassische Wirtschaftsförderung zu groß und andererseits für große private Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu klein waren. Hierdurch sollen in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein Investitionen von mindestens 120,0 Mio. € ausgelöst werden. Adressaten des Fonds sind wachstumsstarke, etablierte mittelständische Unternehmen mit Sitz oder einer Betriebsstätte in Schleswig-Holstein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden bereits erste Beteiligungen platziert.

In der Förderberatung gab es in 2008 entsprechend dem Bundestrend erneut einen Rückgang bei den Existenzgründungsinteressierten um 9,2 %. Gleichzeitig nahm die Zahl der Beratungen bei den bestehenden Unternehmen um 6,2 % zu. Gründe hierfür waren insbesondere die verbesserten Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie eine verstärkte Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Dabei fanden die verbesserten Investitionszuschüsse sowie die ausgeweiteten Umweltschutz- und Energieeffizienzfördermöglichkeiten besonderes Interesse. Insgesamt stiegen die Beratungsleistungen um 2,0 % auf 2.858 (Vj. 2.798). Daneben wurden im Geschäftsjahr 123 (Vj. 105) dezentrale Informationsveranstaltungen bzw. Sprechstage durchgeführt.

Die Sparte **Immobilien** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 308,3 Mio. € (Vj. 358,9 Mio. €). Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 12 % (Vj. rd. 20 %).

Mit Beginn des Jahres 2007 wurde die soziale Wohnraumförderung für das Doppelprogrammjahr bis Ende 2008 an die Erfordernisse des Wohnungsmarktes – insbesondere hinsichtlich der Förderung von Gebrauchtimmobilien und der regionalen Förderstrukturen – angepasst. Dies führte auch in 2008 zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Landesmittel. Dadurch waren die für 2008 bereits

aufgestockten Kontingente im Mengengeschäft bereits im Mai des Jahres vollständig belegt.

Die frühe Belegung der Landesförderung führte zu einem Rückgang im Neugeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung. Allein ausgestattet mit Mitteln der allgemeinen Wohnraumförderung ließen sich viele Anfragen nicht realisieren. Dies wirkte sich deutlich auf das Neugeschäft aus.

Der Absatz der Modernisierungsmittel der KfW verlief im Mengengeschäft befriedigend. Im Individualgeschäft geht die Inanspruchnahme von KfW-Mitteln regelmäßig mit dem Erhalt von Mitteln aus der sozialen Wohnraumförderung einher, die ab Mitte des Jahres aufgrund der ausgeschöpften Kontingente nicht mehr darstellbar war. Eine isolierte Inanspruchnahme von KfW-Mitteln erfolgte nicht, da sich das Zinsniveau der KfW-Mittel im Verhältnis zum übrigen Markt überproportional erhöht hat.

In der Städtebauförderung lag der Schwerpunkt in dem Einsatz der bewilligten Landesmittel. Hiermit wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die Sanierungs- und Entwicklungsförderung kommunaler Gebiete und Städte insbesondere im infrastrukturellen Bereich weiter fortgeführt. Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds wurden städtische Maßnahmen für eine zukunftsweisende Stadt- und Stadtteilentwicklung gefördert.

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 1.075,1 Mio. € (Vj. 817,8 Mio. €). Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäftsvolumen betrug rd. 43 % (Vj. 44%). Das bis 2007 hier ausgewiesene Zuschussgeschäft (Vj. 81,7 Mio. €) wird ab 2008 der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung zugewiesen.

Wie auch bereits in den Vorjahren ist dieses hohe Niveau überwiegend auf das Kommunalkreditgeschäft zurückzuführen. Hierbei wirkten sich auch die im Zuge der Finanzmarktkrise eingeschränkten Aktivitäten anderer Marktteilnehmer günstig auf das Neugeschäft aus.

Auf dem Gebiet „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (ÖPP) wurde der Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes von Förder- und weiteren öffentlichen Banken (Partner-Regio-Konzept) als Pendant und Schnittstelle zur Bundesinitiative Partnerschaften Deutschland GmbH (PDG) in Gang gesetzt. Vorgesehen ist, sich im Rahmen des eigenen ÖPP-Kompetenzzentrums mit der Entwicklung eigener Produktangebote zu befassen sowie als Kooperationspartner für die PDG im Beratungsgeschäft vor Ort zu fungieren.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 731,4 Mio. € (Vj. 467,7 Mio. €). Das bis 2007 hier ausgewiesene Zuschussgeschäft wird ab 2008 der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung zugewiesen. Der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen beträgt rd. 29 % (Vj. 25 %).

Maßgeblich für diese deutliche Steigerung sind getätigte Einzel- und Globalrefinanzierungen an Kreditinstitute in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus konnte aber auch im Durchleitungsgeschäft, insbesondere bei den Programmkrediten der KfW an die Sparkassen, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden.

Zusammen mit den direkten Mitteln der Sparte Wirtschaft hat die IB im Jahr 2008 der mittelständischen Wirtschaft insgesamt 480,2 Mio. € (Vj. 186,9 Mio. €) zur Verfügung gestellt. Hiermit konnte einem Teil der Verwerfungen infolge der Finanzmarktkrise entgegengewirkt und dazu beigetragen werden, eine Kreditklemme in Schleswig-Holstein zu verhindern.

In der neuen Sparte **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde im Geschäftsjahr 2008 ein Neugeschäftsvolumen von 212,2 Mio. € (Vj. 19,4 Mio. €) erreicht. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von rd. 8 % (Vj. 1 %).

Im Bereich der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG, sog. „Meister-BAföG“) war das Jahr insbesondere durch die Verabschiedung des 22. Gesetzes zur Änderung des BAföG und durch die anstehende Novellierung des AFBG im Jahr 2009 geprägt. Damit verbunden war ein deutlicher Anstieg bei den Bescheiden. Es werden Fortbildungsmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und des Landes unterstützt, die qualifizierten Fachkräften einen beruflichen Aufstieg erleichtern.

Im Herbst 2008 wurden im Rahmen einer Sitzung des Begleitausschusses des „Baltic Sea Region Programme 2007–2013“ die ersten 24 transnationalen Projekte mit einer Mittelbindung von 66,1 Mio. € genehmigt.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der IB hat sich im Geschäftsjahr 2008 insgesamt deutlich verbessert. Das Geschäfts-

ergebnis der IB zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 4: Ergebnisentwicklung 2003 bis 2008 in Mio. €

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9	58,0	58,6	62,8
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6	2,5	2,9	3,5
sonstiger betrieblicher Überschuss	9,0	6,8	8,6	11,7	12,4	12,0
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1	72,2	73,9	78,3
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4	-27,1
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4	-12,2
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4	-40,9
Ergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1	32,2	33,5	37,4
Risikovorsorge/Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5	-34,5
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4	-0,5	1,9	3,5
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1	5,9	5,9	6,4

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Der Ergebnisbeitrag der Marktbereiche im Zins- und Provisionsüberschuss stieg aufgrund des erfreulichen Neugeschäftswachstums und des damit verbundenen Bestandsaufbaus. Im Treasury konnten im Wertpapierergebnis deutliche Ergebniszuwächse gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr erzielt werden.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen in Höhe von insgesamt 7,5 Mio. € (Vj. 7,7 Mio. €) sowie

Erträge aus den Beteiligungen an der Nordwest-Lotto GmbH & Co. KG (NordwestLotto), der LGSH sowie der MBG in Höhe von insgesamt 4,5 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €). In Bezug auf die Beteiligung an der Nordwestlotto ist festzustellen, dass sich die in 2007 prognostizierten Umsatz- und Ertragseinbußen im Geschäftsjahr 2008 aufgrund der im neu gefassten und ab dem 01.01.2008 geltenden Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) implementierten Werbebeschränkungen und des für 2008 nur noch übergangsweise erlaubten Internetspiels realisiert haben.

Insgesamt lag die Summe der Erträge mit 78,3 Mio. € deutlich über der des Vorjahres (Vj. 73,9 Mio. €).

Insgesamt erhöhte sich die Summe der Aufwendungen trotz zusätzlicher Personaleinstellungen im Zuge des weiteren Aufbaus im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung nur sehr moderat auf 40,9 Mio. € (Vj. 40,4 Mio. €).

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoertragszuflüsse zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, den Vorsorgereserven nach §340f HGB sowie Nettoerträge aus der Auflösung im Fonds für Zinsausgleich. Der Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf eine höhere Zuführung zu den Vorsorgereserven nach §340f HGB zurückzuführen. Ein erhöhter Wertberichtigungsbedarf in Folge der Finanzmarktkrise war in 2008 nicht festzustellen.

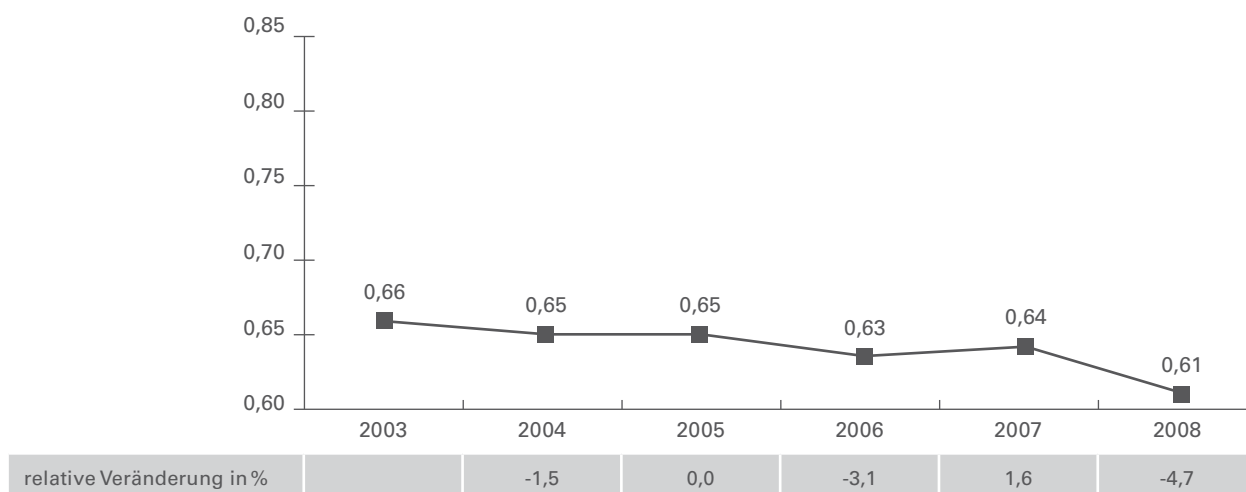
Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen im Glückspielwesen und der damit verbundenen voraussichtlich dauerhaften Ertragseinbußen bei NordwestLotto wurden Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert vorgenommen. Eine entsprechende Kompensation erfolgt durch das Land Schleswig-

Holstein. Die hiermit verbundenen Ergebniseffekte wurden als Sondereffekte ausgewiesen.

Die Sondereffekte beinhalten weiterhin Projektaufwendungen aus der Einführung von SAP/ABAKUS, im Rahmen des Anteilerwerbs an der LGSH erworbene Gewinnansprüche, Erträge aus der Beendigung des Innovationsfonds Schleswig-Holstein und Hamburg sowie Sondererträge aus der vorzeitigen Auflösung derivativer Finanzinstrumente.

Der Jahresüberschuss beträgt 6,4 Mio. € (Vj. 5,9 Mio. €). Der Gewährträgerversammlung wird vorgeschlagen, hiervon einen Betrag in Höhe von 4,9 Mio. € der Gewinnrücklage zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 1,5 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

Abb. 5: Produktivitätsentwicklung 2003 bis 2008 (Cost-Income-Ratio)



In der Analyse des Geschäftsergebnisses wird als finanzieller Leistungsindikator insbesondere auf die Produktivitätsentwicklung, gemessen als Cost-Income-Ratio, abgestellt. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Mitteleinsatz bezogen auf 1,- € Bruttoertrag ist. Aufgrund der Besonderheiten in der sozialen Wohnraumförderung wird die Ermittlung dieser Kennzahl ohne die Daten aus diesem Geschäftsfeld ermittelt. Die Höhe der Veränderung dieser Kennziffer von einer Berichtsperiode zur

nächsten erlaubt die Aussage, in welchem Maß die Summe der Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2008 lag die Cost-Income-Ratio mit 0,61 spürbar unter der des Vorjahres (Vj. 0,64). Dem relativen Anstieg der Erträge stand ein entsprechend geringerer Anstieg der Aufwendungen gegenüber.

3. Finanzlage

Die IB war im Jahr 2008 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gem. Liquiditätsverordnung (LiqV) überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten. Die in Folge der Finanzmarktkrise am Markt aufgetretenen Liquiditätsengpässe waren spürbar, blieben aber aufgrund der Reputation der IB ohne Folgen.

Die Refinanzierung des Fördergeschäfts erfolgte überwiegend mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum standen der IB weitere Mittel aus einem Rahmenvertrag mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank

(LR) zur Verfügung. Durch Abschluss eines weiteren Finanzierungsvertrages mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) kann die IB im Kommunal-kreditgeschäft zudem auch EIB-Refinanzierungsmittel einsetzen. Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation der IB. Darüber hinaus ist aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

Im Rahmen einer aktiven Risikosteuerung wurden Teile des Kreditbestandes und des Neugeschäftes durch Swapgeschäfte zinsgesichert. Offene Positionen wurden kontinuierlich zurückgeführt, Erträge aus Fristentransformation waren mit der Verflachung der Zinskurve in 2008 kaum zu erzielen.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2008 um rd. 16 % auf 14,9 Mrd. € (Vj. 12,8 Mrd. €) erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich infolge des erfolgreichen Neugeschäftsverlaufs bei den Kommunalkrediten um rd. 13%.

Der Bestand an Wertpapieren wurde erneut ausgeweitet. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurde bei Neuengagements neben hoher Adressenqualität vor allem auf die Diversifizierung der Anlagestruktur Wert gelegt. Insbesondere wurden gedeckte Wertpapiere mit kurzen und mittleren Laufzeiten erworben.

Im Wertpapierbestand der IB sind Adressen enthalten, die unmittelbar in die Finanzmarktkrise involviert sind. Mit den von der Bundesregierung beschlossenen Rettungspaketen sowie bestehenden Haftungsverbänden ist ein Ausfall der Engagements nicht zu befürchten. Die Papiere werden weiterhin bis zum Ende der Laufzeit im Anlagebestand gehalten.

Aufgrund der voraussichtlich dauerhaften Ertragsrückgänge bei NordwestLotto wurde der Beteiligungsbuchwert um Abschreibungen vermindert. Nach dem weiteren Erwerb von Anteilen an der LGSH erfolgt deren Ausweis nunmehr unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäfts erforderliche Refinanzierung. Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes erfolgte zu großen Teilen mit Mitteln der KfW.

Die passive Rechnungsabgrenzung reduzierte sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgersammlung vom 03.06.2008 wurden aus dem Bilanzgewinn 2007 ein Betrag in Höhe von 4,9 Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt sowie ein Betrag von 1,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet. Zum 31.12.2008 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.062,7 Mio. € (Vj. 1.044,7 Mio. €) ausgewiesen. Dieses enthält einen Bilanzgewinn in Höhe von 6,4 Mio. € (Vj. 5,9 Mio. €).

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

sind im Zeitraum nach dem 31.12.2008 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Gesamtbank- und Risikostrategie

Wie in den Vorjahren hat die Bank ihre rollierende Gesamtbankstrategie mit einem fünfjährigen Zeithorizont im Berichtsjahr überarbeitet. In diesen Prozess werden alle Bereiche der Bank eingebunden, die den Vorstand hinsichtlich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen bei der Festlegung der Strategien unterstützen.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen unterscheidet die Bank nach förderpolitischen und bankspezifischen Zielkategorien. Erstere leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertra-

gungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z. B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen, aber auch einer intakten Umwelt, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur dienen.

Bei den bankbezogenen Zielen werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Planwerten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisiko-profil der Bank unter Berücksichtigung des Risiko-tragfähigkeitskonzepts. Die aktuelle Risikostrategie berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und beinhaltet explizit die Risikoarten Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken.

Die IB bewegt sich innerhalb der gestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2008 kam es zu keiner Überschreitung der Risikopositionen.

6.2 Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl Eingang in den Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess

sowie in eine Chancen- und Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungsprozesse.

6.3 Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikoarten auch die Nettoneubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Nettoneubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operationale und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, wurde im Geschäftsjahr 2008 das globale Risiko-limit, das sich in drei Unterlimite für Adressenri-

siken, Marktpreisrisiken, Liquiditäts- und operationelle Risiken gliedert, im Zuge einer methodischen Änderungen in der Berechnung der Marktpreisrisiken um 10 Mio. € auf 54 Mio. € angepasst.

Der Bereich Finanzen betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unter-

stützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risiken durch die Expertise des Steuerungsausschusses unterstützt. Entsprechend der IB-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen auch infolge der Finanzmarktkrise nicht.

Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorientierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Groß- und Klumpenrisiken im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

6.4 Adressenausfallrisiken

Die IB steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht unverändert ein Limit in Höhe von 35 Mio. €. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Im zurückliegenden Jahr wurde auch für Adressenausfallrisiken ein Szenario-Modell etabliert, in dem die Historien der Risikovorsorge und Risikoaktiva die Basis für verschiedene Konstellationen einschließlich eines Stresstests bilden.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist weitgehend umgesetzt worden.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen

Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt ebenfalls auf Monatsbasis. Darüber hinaus werden Ad-hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken werden die Prozesse im originären Kreditgeschäft laufend optimiert und in dem, jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. Änderungen des Regelwerkes der Bank werden bei risikorelevanten Aspekten auch von dem Bereich Unternehmenssteuerung (Risikocontrolling) vor Veröffentlichung qualitätsgesichert.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Controlling. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB eine untergeordnete Rolle. Das verbleibende Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen

Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet in der mit dem Gläubiger vereinbarten Währung erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimits mit überschaubaren Risiken.

Abb. 6: Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote *		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €
Vorjahr	31.12.2008	Vorjahr	31.12.2008	31.12.2008
135,4	135,1	0,99%	0,85%	15,6

* bezogen auf das Kreditvolumen

6.5 Marktpreisrisiken

Das für die IB relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiko sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Im Bereich Treasury durchgeführte Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner offener Positionen (micro hedge) als auch zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von

Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der VaR stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Das in 2008 geänderte Berechnungsverfahren ermittelt die mögliche Wertänderung, die bei einer zehntägigen Haltdauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 500 Handelstage verwendet. Die Risiken werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 15 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unternehmenssteuerung und das Treasury berichtet.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand dieses limitiert. Ausschließlich aufgrund der oben beschriebenen methodischen Änderung des Berechnungsverfahrens zum 01.04.2008 wurde das Limit vorläufig von 5 auf 10 Mio. € erhöht und zum 01.07.2008 dann endgültig auf 15 Mio. € angehoben. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Controllings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Per 31.12.2008 betrug der VaR 6,98 Mio. €, was bei dem Limit von 15 Mio. € eine Auslastungsquote in Höhe von 46,5 % ergibt .

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99 %) von einem auf den elften Handelstag, dem VaR, und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 500 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2008 lag die Anzahl der „Ausreißer“ knapp über der definierten Toleranz. Ursache hierfür waren die im Zuge der Finanzmarktkrise stark erhöhten Volatilitäten.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des IWF bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8 % nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2008 jederzeit erfüllt.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Der BPV bewegte sich im Jahr 2008 innerhalb des festgelegten Limits von 0,4 Mio. €.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 469 BGB werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt.

6.6 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Eine Diversifizierung der Kontrahenten und Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Landes Schleswig-Holstein stellen auch in schwierigen Zeiten wie der Finanzmarktkrise sicher, dass die IB über ausreichende Liquidität verfügt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Finanzen. Zum 31.12.2008 betrug der Koeffizient gemäß Liquidi-

tätsverordnung (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 1,55 (Vorjahr 1,18). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres stets oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7 Operationelle Risiken

Die IB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz gemäß Basel II. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden grundlegende Neuerungen zum Thema operationelle Risiken implementiert mit dem Ziel, Risiken und Schäden noch konsequenter mit verbesserten technischen Mitteln zu managen. Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Verminderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiterentwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Datenqualität auch weiterhin aufgrund systematischer Untersuchungen angehoben und die Bedeutung des Themas zudem durch personelle Aufstockung im Bereich Organisation verstärkt. Aktualisierungen bestehender Anwendungen durch Software-Updates führten regelmäßig auch zur Reduzierung operationeller Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um eine Qualifizierung auf dem aktuellen Stand sicherzustellen.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen, der laufenden Anpassung der Vertragsdokumentationen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert werden.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den mo-

natlich tagenden Produkt- & Projektausschuss, dem auch der Vorstand angehört. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z. B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung erwartet.

Die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich mit der Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Eintrübung der Weltwirtschaft markant verschlechtert. Im Jahr 2009 ist mit einem erheblichen Rückgang der realwirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland zu rechnen. Die inzwischen in vielen Ländern ergriffenen Maßnahmen haben eine breite Grundlage geschaffen, um die globale Vertrauenskrise einzudämmen. Allerdings sind auch im weiteren Verlauf des Jahres 2009 die Belastungen als hoch einzuschätzen. Im Zuge der in 2010 erwarteten weltwirtschaftlichen Belebung könnte die deutsche Wirtschaft dann wieder an Schwung gewinnen.

Inwieweit sich die Bankenkrise und die sich abzeichnende negative Konjunktorentwicklung auf die Unternehmen in Schleswig-Holstein auswirken, kann aktuell nicht abschließend eingeschätzt werden. Die geringe Exportabhängigkeit sowie die unterschiedliche Verflechtung mit der Automobilindustrie könnten auf Schleswig-Holstein bezogen mögliche Folgen der Krise abschwächen.

Im Bereich Wirtschaft ist einerseits weiterhin von einer hohen Nachfrage seitens der Hausbanken nach

Risikoteilung, andererseits aber von einem Rückgang der Unternehmensinvestitionen sowie von Bonitätsverschlechterungen bei Neuansparungen und Bestandskunden auszugehen. Welche Effekte die beschlossenen und geplanten Maßnahmen zur Konjunkturstützung haben werden, bleibt abzuwarten. Für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II steht die IB dem Land und den Kommunen als Dienstleister zur Verfügung.

Mit dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein wurde ein wichtiges Instrument geschaffen, um die Eigenkapitalsituation der Unternehmen in den nächsten Jahren zu verbessern.

Die Auswirkungen auf die Entwicklung des Bereiches Immobilien sind ebenfalls schwer abzusehen. Für den Eigenheimbereich wird angenommen, dass eine Hinwendung zu Sachwerten erfolgt und damit auch zu der im aktuellen Vergleich wertstabilen Immobilie. Für das großvolumige Kreditgeschäft des Individualbereiches besteht für die IB eine mögliche Chance darin, dass andere Marktteilnehmer aufgrund der Auswirkungen der Finanzmarktkrise zunächst wieder wesentlich risikobewusster agieren müssen und die IB daher vermehrt in die Darstellung des nachrangigen Geschäftes einbezogen wird. Positive Impulse werden von der anstehenden Novellierung bzw. Beschlussfassung über das Landeswohnraumförderungsgesetz (SHWoFG) erwartet,

so dass die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung weiter an Attraktivität gewinnen und in 2009 einen gesteigerten Absatz finden werden.

In einem Arbeitskreis des VÖB wurde mit den anderen bundesdeutschen Förderbanken an einer gemeinsamen Entwicklung der Immobilienrente (Rückwärtshypothek) gearbeitet. Die Produktkonzeption ist nahezu abgeschlossen. Es wird davon ausgegangen, die Immobilienrente im Prognosezeitraum anbieten zu können.

Das Innenministerium Schleswig-Holstein hat angekündigt, dass die Standardprogramme der Städtebauförderung in 2009 und 2010 insgesamt im bisherigen Umfang weitergeführt werden sollen. Die Erweiterung durch das Konjunkturpaket II führt zu möglichen ergänzenden Finanzierungen aus dem SHWoFG. Für die Zukunft ist daher eine weitere Vernetzung der Aktivitäten von Wohnraum- und Städtebauförderung hin zu einem übergreifenden Beratungs- und Dienstleistungsansatz im Sinne ganzheitlicher Quartierslösungen geplant.

Bei der Durchleitung von Programmkrediten der KfW und Landwirtschaftlichen Rentenbank wird eine stabile Nachfrage erwartet. Unsicherheit besteht hinsichtlich der europarechtlichen Rahmenbedingungen dieser Kredite. Bei den Einzel- und Globalrefinanzierungen an Kreditinstitute wird auch in den kommenden Jahren eine hohe Nachfrage gesehen.

Die seit langem diskutierten rechtlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die verfassungskonforme Ausgestaltung des staatlichen Glücksspielmonopols durch den GlüStV wurden im Oktober 2008 durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgericht (BVerfG) weitgehend beseitigt: Das BVerfG hat die von einem gewerblichen Spielvermittler

geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den GlüStV zurückgewiesen. Auf der Ebene des Gemeinschaftsrechts ist es trotz der von der EU-Kommission geäußerten Bedenken gegen den GlüStV bisher noch nicht zu einer Entscheidung gekommen. Äußerungen des Generalanwaltes vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in einem vergleichbaren Verfahren (Liga Portuguesa) lassen jedoch den Schluss zu, dass die Regelungen des GlüStV (staatliches Monopol, Internetverbot etc.) auch durch den EuGH bestätigt werden könnten.

Aufgrund des ab 01.01.2009 geltenden Internetvertriebsverbots, von dem vor allem die gewerblichen Spielvermittler, die ihr Geschäft zum Teil ausschließlich auf die Vermittlung von Internetsätze gründen, betroffen sind, können bei NordwestLotto auch für die kommenden Geschäftsjahre weitere Ertragseinbußen nicht ausgeschlossen werden.

Im Rahmen eines Projekts wird die Einführung von Zeitwertkonten in der IB vorbereitet. Mit der Vereinbarung über Zeitwertkonten möchte die Bank das betriebliche Arbeitszeitsystem um eine weitere Komponente ergänzen. Damit erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Möglichkeit, sich eine bestimmte Zeit aus dem aktiven Arbeitsleben zurückzuziehen bzw. in den vorgezogenen Ruhestand zu gleiten, ohne dabei die finanzielle und sozialversicherungsrechtliche Absicherung zu verlieren.

Durch den Aufbau der Organisationseinheit Bestandsbetreuung sowie durch den weiteren Aufbau im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung ist für das Jahr 2009 ein weiterer Personalaufbau geplant.

Weiterhin ist davon auszugehen, dass durch die interne Ressourcenbindung des zentralen Projekts „IB.ABAKUS“ mit erheblich höheren Personalkosten für Aushilfen und Überstunden zu rechnen ist. Das Projekt wird für nahezu alle Fachbereiche und auf die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen in der IB Auswirkungen haben.

Im Prognosezeitraum wird im Kreditgeschäft eine weiterhin positive Ertragsentwicklung erwartet. Es

wird davon ausgegangen, Ergebnisse vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten innerhalb der in der Strategie formulierten Bandbreiten zu erzielen. Eine über der Planung liegende Ergebnisentwicklung wird auch weiterhin dazu verwendet werden, die Risikotragfähigkeit der Bank nachhaltig zu stärken.

Kiel, den 16. März 2009



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bilanz

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.823,18		1.563,25
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			992.862,23		896.060,41
darunter:				994.685,41	897.623,66
bei der Deutschen Bundesbank	992.862,23				
	(Vorjahr 896.060,41)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			55.287.925,08		39.386.028,26
b) andere Forderungen			3.608.240.487,47		2.779.977.810,37
				3.663.528.412,55	2.819.363.838,63
3. Forderungen an Kunden				7.910.364.712,07	6.988.852.302,36
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.025.084,38				
	(Vorjahr 6.167.183,09)				
Kommunalkredite	3.405.561.234,22				
	(Vorjahr 2.498.774.904,71)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		37.830.703,13			
ab) von anderen Emittenten		38.224.057,62	76.054.760,75		20.250.204,92
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		95.814.289,85			
bb) von anderen Emittenten		2.014.736.973,06	2.110.551.262,91		1.893.946.476,49
darunter:				2.186.606.023,66	1.914.196.681,41
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.738.833.906,51				
	(Vorjahr 1.822.175.972,92)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				10.292.522,23	10.230.267,17
6. Beteiligungen				8.268.436,93	24.715.851,53
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.552.023,61	60.124.361,90
8. Treuhandvermögen				1.001.187.959,13	962.467.997,80
darunter:					
Treuhandkredite	973.855.436,96				
	(Vorjahr 948.054.110,76)				
9. Immaterielle Anlagewerte				3.225.980,00	2.462.634,31
10. Sachanlagen				9.363.944,52	9.925.437,92
11. Sonstige Vermögensgegenstände				14.029.725,45	4.830.380,06
12. Rechnungsabgrenzungsposten				7.403.036,81	9.752.362,65
Summe der Aktiva				14.915.817.462,37	12.807.819.739,40

Passiva				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		255.937.430,42		118.499.777,32
b) mit vereinbarter Laufzeit		10.525.266.128,17		8.804.404.936,53
			10.781.203.558,59	8.922.904.713,85
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		44.513.421,36		26.849.660,16
b) mit vereinbarter Laufzeit		606.269.549,77		413.637.488,62
			650.782.971,13	440.487.148,78
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			378.115.685,51	389.978.162,12
4. Treuhandverbindlichkeiten		1.001.187.959,13		
darunter:			1.001.187.959,13	962.467.997,80
Treuhandkredite	973.855.436,96			
	(Vorjahr 948.054.110,76)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			20.400.603,55	13.967.244,16
6. Rechnungsabgrenzungsposten			86.507.159,89	99.513.812,02
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		30.284.142,00		30.153.094,00
b) andere Rückstellungen		14.817.563,16		13.695.768,85
			45.101.705,16	43.848.862,85
8. Fonds für Zinsausgleich			889.780.596,34	889.945.625,46
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		932.035.199,20		919.408.328,17
c) Gewinnrücklagen		24.297.844,19		19.361.708,24
d) Bilanzgewinn		6.404.179,68		5.936.135,95
			1.062.737.223,07	1.044.706.172,36
Summe der Passiva			14.915.817.462,37	12.807.819.739,40
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			619.247.608,76	624.645.902,54
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			711.831.196,77	710.573.446,89

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		621.774.012,53			470.474.616,36
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		101.294.456,75			69.034.796,74
			723.068.469,28		539.509.413,10
2. Zinsaufwendungen			660.002.888,28		479.576.850,71
				63.065.581,00	59.932.562,39
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			596.922,37		286.311,70
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			9.281.783,64		4.946.063,51
				9.878.706,01	5.232.375,21
4. Provisionserträge			19.659.386,94		14.315.575,93
5. Provisionsaufwendungen			14.822.066,15		11.425.373,38
				4.837.320,79	2.890.202,55
6. Sonstige betriebliche Erträge				18.811.984,33	8.246.897,60
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		21.711.186,75			20.552.639,96
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		5.392.263,25			5.881.309,93
darunter:			27.103.450,00		26.433.949,89
für Altersversorgung	1.818.292,21				
	(Vorjahr 2.483.824,63)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			14.480.200,72		12.407.078,15
				41.583.650,72	38.841.028,04
8. Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.651.092,34	1.539.294,36
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				1.178.732,40	3.393.210,51
10. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				34.538.921,08	26.485.953,86
11. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Beteiligungen, Anteile an ver- bundenen Unternehmen und wie Anla- gevermögen behandelte Wertpapiere				11.000.000,00	90.716,89
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				6.641.195,59	5.951.834,09
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag				220.719,01	0,00
14. Sonstige Steuern				16.296,90	15.698,14
15. Jahresüberschuss				6.404.179,68	5.936.135,95
16. Gewinn- / Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
17. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
18. Bilanzgewinn				6.404.179,68	5.936.135,95

Anhang

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein und unterstützt das Land bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in der Regel in Schles-

wig-Holstein. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Einhaltung der KWG-Grundsätze

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität

der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) jederzeit eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. Agien und Disagien werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht. Bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von Mio. € 1.492,6 (Vj. Mio. € 1.651,9) und einem beizulegenden Zeitwert von Mio. € 1.392,1 (Vj. Mio. € 1.625,1) sowie bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von Mio. € 9,9 (Vj. Mio. € 9,9) und einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von Mio. € 5,0 (Vj. 8,8 Mio. €) wird unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten im Berichtsjahr nicht verschlechtert hat. Die Bank hält Schuldscheindarlehen mit einem Nominalwert von Mio. € 949,4 (Vj. Mio. € 659,9) als Liquiditätsreserve im Bestand. Erstmals wurden im Berichtsjahr Repogeschäfte getätigt. Die Verbindlichkeiten aus diesen Geschäften betragen zum Bilanzstichtag Mio. € 249,1.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2008 hat die Investitionsbank ihre Anteile an der Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel, auf 50,6 % mit einem Buchwert von Mio. € 51,4 erhöht.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Für geringwertige Wirtschaftsgüter i. S. v. § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Unter „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31.12.2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die im Zweckvermögen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanswartschaften mit einem Zinssatz von 5,5 % bewertet. Dabei kommen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zur Anwendung. Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung. Unter den anderen Rückstellungen weist die Bank einen Betrag in

Höhe von Mio. € 1,2 für mögliche Rückerstattungen in Vorjahren bereits vereinnahmter Verwaltungskosten im Bereich der Förderprogrammabwicklung aus.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar. Für die in den Jahren 1995 bis 1998 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i. V. m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank hat Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung einzelner Positionen wie auch der Gesamtzinsposition abgeschlossen. Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die Bank macht Gebrauch von der Schutzklausel gemäß § 286 Absatz 4 HGB.

Derivative Geschäfte

Im Berichtsjahr erfolgte eine weitere Ausweitung des Derivategeschäfts. Die Bank hat sich dabei weiterhin auf den Abschluss von Zinsswaps beschränkt. Zum Jahresende hat die Bank Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von Mio. € 6.812,3 (Vj. Mio. € 4.953,1) im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen. Der überwiegende Teil des Bestandes, Mio. € 3.530,4 (Vj. Mio. € 2.759,9), hat eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Nach der Laufzeitmethode (§ 17 SolvV) entspricht diesem Nominalvolumen ein Kreditäquivalent von Mio. € 400,4 (Vj. Mio. € 308,3).

Die Bewertung zum Jahresende nach der Mark-to-market-Methode hat für diesen Bestand positive Marktwerte in Höhe von Mio. € 96,0 (Vj. Mio. € 65,5) und negative Marktwerte in Höhe von Mio. € 260,1 (Vj. Mio. € 46,0) ergeben.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten		
Die Bilanzaktiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf:		
▶ andere Forderungen an Kreditinstitute		
▶ weniger als 3 Monate	230,4	94,3
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	419,2	162,9
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.094,9	944,5
▶ mehr als 5 Jahre	1.863,7	1.578,3
▶ Forderungen an Kunden		
▶ weniger als 3 Monate	309,2	287,0
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	265,5	176,1
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.698,9	1.312,0
▶ mehr als 5 Jahre	5.636,8	5.213,8
▶ darunter mit unbestimmter Laufzeit	96,3	101,0
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	55,6	47,4
Verbundene Unternehmen		
In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	3,0	5,0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in:		
▶ Forderungen an Kreditinstitute	63,0	62,9
▶ Forderungen an Kunden	34,5	31,1
▶ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	76,1	76,3
Angaben zu den Wertpapieren		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:		
a) Geldmarktpapiere		
▶ börsenfähig und börsennotiert	76,0	20,3
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
▶ börsenfähig und börsennotiert	2.142,2	1.898,6
▶ börsenfähig, nicht börsennotiert	44,4	15,6
▶ im Folgejahr fällig	465,2	279,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
▶ börsenfähig und börsennotiert	10,3	10,2
Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere	253,0	0,0

Angaben zu Bilanzaktiva	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €
Treuhandvermögen		
Das Treuhandvermögen betrifft:		
▶ Forderungen an Kreditinstitute		
▶ täglich fällig	27,1	14,1
▶ andere Forderungen	0,0	0,0
▶ Forderungen an Kunden		
▶ täglich fällig	0,4	0,4
▶ andere Forderungen	973,7	948,0
Sonstige Vermögensgegenstände		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ Forderungen an das Land Schleswig-Holstein	10,2	0,0
▶ Anzahlungen auf erworbene Forderungen	2,3	3,3
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ aus Agioabgrenzung	7,0	9,5
▶ aus Disagioabgrenzung	0,2	0,1

Anlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	4,4	6,5	8,5	8,4
Zugänge	1,6	0,3	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	2,8	4,8	1,1	1,1
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,9	0,6	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2008	3,2	2,0	7,4	7,3

Finanzanlagen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere ²⁾ Mio. €
Buchwert 01.01.2008	24,7	60,1	1.891,4	9,9
Zugänge	0,3	34,7	885,2	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,7	0,0
Abschreibungen	0,0	11,0	1,1	0,0
Abgänge	0,0	0,0	617,4	0,0
Umbuchungen	-16,7	16,7	0,0	0,0
Buchwert 31.12.2008	8,3	100,5	2.158,8	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 27,7 Mio. €.

²⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 0,4 Mio. €.

Angaben zu Bilanzpassiva	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten		
Die Bilanzpassiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf:		
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ weniger als 3 Monate	1.152,6	559,0
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	673,8	347,0
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.795,8	2.501,3
▶ mehr als 5 Jahre	5.903,1	5.397,2
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ weniger als 3 Monate	36,6	9,5
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	0,3	1,2
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6,5	6,6
▶ mehr als 5 Jahre	562,8	396,3
Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten		
Die Bundesschuld gliedert sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
▶ weniger als 3 Monate	9,4	6,5
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	7,4	6,9
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	61,2	48,0
▶ mehr als 5 Jahre	300,1	328,6
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände		
Es wurden Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten abgetreten:	416,0	460,9
Verpfändung von Wertpapieren an die Deutsche Bundesbank:	926,2	454,6
Treuhandverbindlichkeiten		
Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ täglich fällig	0,8	0,8
▶ andere Verbindlichkeiten	45,4	62,9
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ täglich fällig	26,7	12,9
▶ andere Verbindlichkeiten	928,3	885,8
Sonstige Verbindlichkeiten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ Verbindlichkeiten aus Zuschussgewährung EFRE-Fonds	18,5	11,6
▶ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1,5	1,4

Angaben zu Bilanzpassiva	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ aus Disagioabgrenzung	50,6	62,9
▶ aus Forderungsankauf zum Barwert	27,7	30,1
▶ aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	0,0	0,2
Angaben zu Unterstrichposten		
Eventualverbindlichkeiten		
▶ Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften.	619,2	624,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
▶ Es bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.	711,8	710,6
Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung		
Sonstige betriebliche Erträge		
▶ Kompensation der Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes der NordWestLotto Schleswig-Holstein	10,2	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
▶ Erstattung von Bearbeitungsentgelten für die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe	0,0	2,3

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	233	176	409	395
davon Teilzeitbeschäftigte	91	12	103	98

Kredite an Mitglieder der Organe

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €
▶ Vorstand	0,2	0,2
▶ Verwaltungsrat	0,2	0,2

Sämtliche Kredite wurden zu marktüblichen Bedingungen vergeben.

Angaben zu früheren Mitgliedern der Organe

Für frühere Mitglieder der Organe ist unter den Pensionsrückstellungen ein Betrag in Höhe von 0,3 Mio. € berücksichtigt.

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Eigenkapital in T€ ^{1) 2)}	Anteil am Kapital in v. H.	Davon: Ergebnis in T€ ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	21.775	24,0	-276
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	34	100,0	2
NordwestLotto Schleswig-Holstein, GmbH & Co. KG, Kiel	3.961	100,0	5.010
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	102.939	50,6	5.678

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Vorjahreszahlen

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Vorsitzender
Lutz Koopmann, Altenholz

Dr. Klaus Rave, Kronshagen

Gewährträgerversammlung

Bestellte Mitglieder

Vorsitzender
Rainer Wiegard
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Stellvertretender Vorsitzender
Dietrich Austermann (bis 18.8.2008)
Dr. Werner Marnette (ab 19.08.2008)
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Ralf Stegner (bis 28.01.2008)
Lothar Hay (ab 29.01.2008)
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Uwe Döring
Minister für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Arne Wulff
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Karin Wiedemann
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz
Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Verwaltungsrat

Vorsitzender
Dr. Arne Wulff
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreterin des Vorsitzenden
Karin Wiedemann
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden
Ulrich Lorenz
Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Hellmut Körner
Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius
Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Landesverbände, Kiel

Dr. Jörn Biel
Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der
Industrie- und Handelskammern, Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel
Axel Barkow, Trappenkamp
Patricia Friedrichs, Kiel
Silke Jahn, Holtsee

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Lutz Koopmann
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7
24103 Kiel

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein GmbH
Lorentzendam 21
24103 Kiel

Thyen, Theilen & Partner AG
Steuerberatungsgesellschaft
Rathausplatz 15
24937 Flensburg

Dr. Klaus Rave
Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und
Umwelttechnik
Lise-Meitner-Straße 25–29
24223 Schwentinental

Kiel, den 16. März 2009

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Klaus Rave

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von

Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 27. März 2009

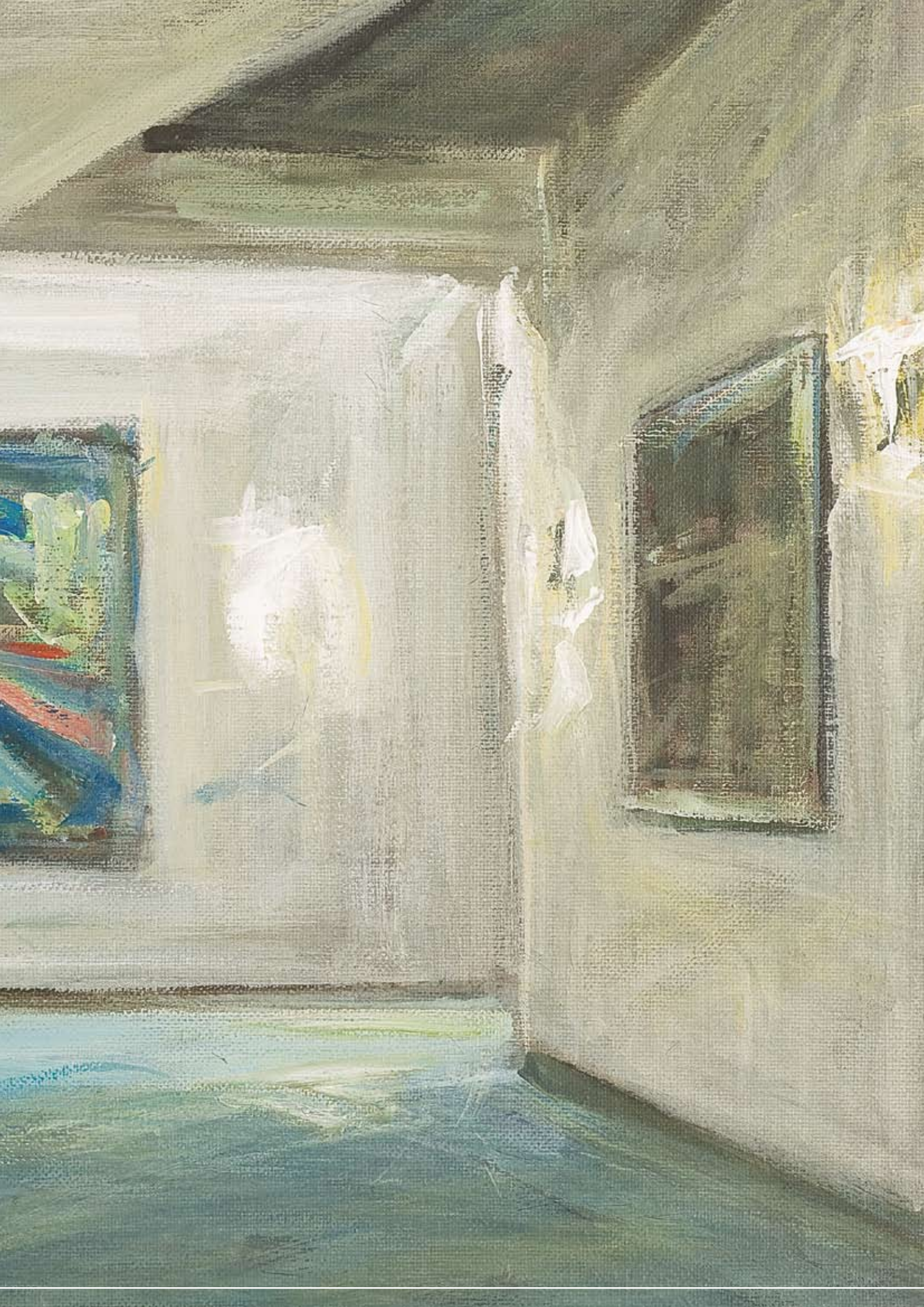
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gero Martens
Wirtschaftsprüfer

ppa. Heimo Heimann
Wirtschaftsprüfer



Ausschnitt aus „Der Empfang“ von Christoph Thiele, 50 x 40 cm



Impressum

Herausgegeben von
der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon (04 31) 99 05 - 34 48
oder (04 31) 99 05 - 34 81

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Druck

Druckzentrum AC Ehlers

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Postfach 1128
24100 Kiel
Fleethörn 29-31
24103 Kiel

Tel. (0431) 99 05 - 0
Fax (0431) 99 05 - 33 83
info@ib-sh.de
www.ib-sh.de



IB.Büros

Ahrensburg
Beimoorkamp 6
Tel. (041 02) 45 82 33

Elmshorn
Ramskamp 71-75
Tel. (041 21) 47 15 50

Eutin
Königstraße 2
Tel. (045 21) 77 46 38

Flensburg
Friesische Straße 1-9
Tel. (046 1) 14 48 60

Itzehoe
Hanseatenplatz 5
Tel. (048 21) 6 77 70

Kiel
Fleethörn 29-31
Tel. (0431) 99 05-0

Lübeck
Fackenburger Allee 2
Tel. (0451) 79 98 60

Neumünster
Großflecken 26
Tel. (043 21) 48 88 30

Norderstedt
Rathausallee 31
Tel. (040) 5 26 83 00

Rendsburg
Jungfernstieg 25
Tel. (043 31) 12 25 44

Schleswig
Michaelisstraße/
Carstengang 2
Tel. (046 21) 98 97 71

Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

**INTERREG-Sekretariat
Rostock**
Grubenstraße 20
Tel. (0381) 4 54 84 52 81

**Verbindungsbüro
B-Brüssel**
Square de Meeûs 37
Tel. +32 22 30 72 24

**INTERREG-Sekretariat
LV-Riga**
(in Kooperation mit der State
Regional Development Agency,
Lettland)
Ausekļa iela 14,
4th and 5th floor
Tel. +371 735 7368



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. (04 31) 99 05 - 0

www.ib-sh.de